

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 12 Dezember 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Schuldenbremse

Bremsspuren im Polizeialltag?

In dieser Ausgabe:

Tarifpolitik:
Einkommensrunde 2012

Frauen- und Gleichstellungspolitik:
Polizei sucht Frau in Führung

Gesundheits- und Arbeitsschutz:
Digitalfunk bei der Polizei

A+A 2011:
Nach dem Arbeitsschutzkongress
ist vor dem Arbeitsschutzkongress

Die GdP-App:
Umfassende Informationen
immer dabei

Seniorenjournal

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Vennehof
Borken



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Shopping Arkaden
Bocholt



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

Staatsschulden und die Bremsspuren bei der Polizei



Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2009 die von der Föderalismuskommission II vorgeschlagene Reform der Finanzverfassung beschlossen. Der Bundesrat hat dem 57.(!) Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes am 12. Juni 2009 zugestimmt. Die sogenannte Schuldenbremse war geboren ...
Seite 6 Foto: dpa

Einkommensrunde 2012



Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und GdP haben Ende Oktober 2011 die entsprechenden Entgelttarifverträge im Bereich des Bundes und der VKA (Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände) fristgerecht zum 29. Februar 2012 gekündigt.
Seite 10

Nach dem Arbeitsschutzkongress ist vor dem Arbeitsschutzkongress

Wie in jedem „ungeraden“ Jahr fand auch dieses Mal in Düsseldorf wieder die A+A 2011 statt. Wiederum verzeichnete die Messe Zuwächse mit mehr als 1.600 Ausstellern aus 54 Nationen und einem Spitzenwert von 60.100 Fachbesuchern.
Seite 25

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Vorstellungskraft gesprengt	4
FORUM	4/5
TITEL/SCHULDENBREMSE Staatsschulden und die Bremsspuren bei der Polizei	6
TARIFPOLITIK Einkommensrunde 2012	10
POLIZEITAGE Altes bleibt, Neues kommt hinzu	12
FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK Polizei sucht Frau in Führung	14
VEREINBARKEIT Die Streifenhörnchen in Bremen	16
ORIENTIERUNGSHILFE Leitfaden für den ersten Angriff	18
KNOCHENMARKSPENDE Hilfe für Dirk und andere!	20
GESUNDHEITS- UND ARBEITSSCHUTZ Digitalfunk bei der Polizei	22
A+A 2011 Nach dem Arbeitsschutzkongress ist vor dem Arbeitsschutzkongress	25
SUIZID Wieder mehr Selbsttötungen in Deutschland	30
WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN 2011 Gewinne mit JUNGE GRUPPE (GdP)	32
KÜRZLICH ENTDECKT UND FÜR GUT BEFUNDEN! Der Einmalbezug in Hessen	35
HÜRDE FÜR SEXUALSTRAFTÄTER Erweitertes Führungszeugnis muss gesetzliche Pflicht werden	36
DIE GDP-APP Umfassende Informationen immer dabei	36
ANKÜNDIGUNG 12. Bundesseniorenfahrt der GdP	37
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



ERSCHÜTTERNDER POLIZISTEN-MORD IN AUGSBURG:**Tiefe Trauer über gewaltsamen Tod eines 41jährigen Polizeibeamten**

Tief betroffen und voller Trauer zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei nach dem gewaltsamen Tod eines 41jährigen Polizeibeamten am frühen Morgen des 28.10.2011 im bayerischen Augsburg. Der Polizeibeamte wollte gemeinsam mit seiner Kollegin den Fahrer und Beifahrer eines Motorrades kontrollieren. Offenbar nach einer kurzen Verfolgung schoss einer der beiden auf die Beamten. Der ermordete Beamte erlitt schwere Schussverletzungen, an denen er noch vor Ort verstorben ist. Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender: „Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen des getöteten Beamten.“ Der beim

Schusswechsel leicht verletzten Kollegin wünschte die GdP baldige und gute Genesung.

Der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Bayern, Helmut Bahr, zeigte sich erschüttert: „Obwohl man um dieses enorm hohe Risiko als Polizist natürlich weiß, ist es dennoch furchtbar, solchen Vorfällen relativ hilflos gegenüber zu stehen. Das Wichtigste ist nun erst einmal die beiden Täter zu fassen und den Angehörigen des Opfers die Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen.“

Das Risiko von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz schwer verletzt

oder sogar getötet zu werden, nehme, so Witthaut, seit Jahren massiv zu. Dies betreffe nicht nur prinzipiell risikobehaftete Einsätze, wie beispielsweise im Umkreis der Organisierten Kriminalität, sondern zunehmend auch den alltäglichen Dienst auf den Straßen. Polizistinnen und Polizisten sähen sich immer öfter brutaler Gewalt und unvermittelter Angriffe ausgesetzt.

Seit 1945 sind nach der GdP vorliegenden Zahlen 392 Polizeibeamtinnen und -beamte von Rechtsbrechern getötet worden. *red.*

39. BUNDESKONGRESS DES DEUTSCHEN JURISTINNENBUNDES:**Gläserne Decke für Frauen**

Unter dem Thema „Gläserne Decke für Frauen: Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst – Anspruch und Wirklichkeit“ diskutierten auf dem 39. Bundeskongress des Deutschen Juristinnenbundes (djb) vom 22. - 25. September 2011 in Potsdam Vertreterinnen aus den Bereichen Politik, Justiz, Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst miteinander. Trotz einer Fülle von gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Mann und Frau im Bereich des öffentlichen Dienstes wurde konstatiert, dass eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern auch hier noch nicht erreicht werden konnte. Neben Fachvorträgen von Referentinnen aus der Wissenschaft, der Justiz und aus dem Bundesfamilienministerium wurde in einer ersten Podiumsdiskussion im „Praxistest – der Zugang zum öffentlichen Dienst und Übertragungsmöglichkeiten auf andere Bereiche“ aus Perspektive von Wissenschaft, Privatwirtschaft, Freien Berufen, Notariaten und der Verwaltung beleuchtet. Für den Part Verwaltung war Elke Gündner-Ede als Mitglied des Ge-

schäftsführenden Bundesvorstandes der GdP vertreten und stellte den Zugang von Frauen zum Beruf der Polizeibeamtin am Beispiel der Einstellungspraxis des Landes Niedersachsen dar. In einer zweiten Podiumsrunde, an der als prominenteste Teilnehmerin die ehemalige Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries, MdB, teilnahm, wurde im „Praxistest – beim Aufstieg im öffentlichen Dienst und Übertragungsmöglichkeiten auf andere Bereiche“ der Sachstand und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten dargestellt.

Ziel der Fachtagung war es, die rechtlichen Rahmenbedingungen von weib-



Erste Podiumsdiskussion zum Thema „Praxistest – der Zugang zum öffentlichen Dienst und Übertragungsmöglichkeiten auf andere Bereiche“: (von links): **Elke Gündner-Ede** (im GdP-GBV zuständig für Gleichstellungspolitik), **Margret Diwell** (Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichtshofs, Rechtsanwältin), **Ursula Matthiessen-Kreuder** (Prokuristin und Personalleiterin) und **Dr. Ulrike Eickhoff** (Qualitätssicherung und Verfahrensentwicklung, Deutsche Forschungsgemeinschaft). *Foto: djb/CD*

lichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu evaluieren sowie Empfehlungen für die Verbesserung des gleichstellungsrechtlichen Instrumentariums und Impulse für die Gleichstellungspolitik zu geben.

Elke Gündner-Ede



ERFOLG DER GDP:**Gewalt gegen Polizei wird härter bestraft**

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt, dass die Strafverschärfungen bei Gewalt gegen Polizeibeamte in § 113 und die Einbeziehung wesentlicher technischer Polizei-Arbeitsmittel in § 305a StGB nun gesetzeswirksam sind.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Es war für die Gewerkschaft der Polizei ein langer und beschwerlicher Weg, den Gesetzgeber davon zu überzeugen, dass die wachsende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte keine Kavaliersde-

likte sind. Es hat auch Überzeugungskraft gekostet klarzumachen, dass meine Kolleginnen und Kollegen dieser Gewalt, die wir tagtäglich erleben, in anderem Ausmaß ausgesetzt sind als normale Bürger.“

Mit den nun in Kraft getretenen Strafverschärfungen, so Witthaut gegenüber der Presse, sei der Gesetzgeber den Forderungen der GdP in weiten Teilen gefolgt. Danach droht nun dem eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren, der Einsatzkräfte angreift und verletzt.

„Damit ist ein deutliches Signal gesetzt, dass die Polizei kein Freiwild ist. Wir gehen davon aus, dass die Justiz von der nun erhöhten Strafanordnung auch Gebrauch macht und es bei Widerstandsleistungen und tätlichen Angriffen auf meine Kolleginnen und Kollegen nicht bei einer Geldstrafe belässt. Vor allem setzen wir aber auf die präventive Wirkung der Strafverschärfung.“

In der Gesetzesänderung ist auch der wachsenden Gewalt gegen Rettungskräfte ebenso Rechnung getragen worden wie der Zerstörung von wesentlichen polizeilichen Arbeitsmitteln. Witthaut: „Mit der jetzt erfolgten Änderung der §§ 113, 114 und 305a StGB sind wichtige Schritte in die richtige Richtung getan.“

red.

24. ORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG BADEN-WÜRTTEMBERG:**Seidenspinner mit überwältigendem Ergebnis als Vorsitzender bestätigt**

Mit 94 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Rüdiger Seidenspinner beim 24. Ordentlichen Delegiertentag der GdP Baden-Württemberg am 9. und 10.11.2011 in der Stadthalle in Sindelfingen für weitere fünf Jahre zum Landesvorsitzenden gewählt.

„Ich bin überwältigt über diesen gigantischen Vertrauensbeweis.“, so Seidenspinner zu den Delegierten.

Zu seinen Stellvertretern wurden Christina Falk (Ortenaukreis), Lothar Adolf (Bibrach) und Hans-Jürgen Kirstein (Berichtspolizei Biberach) gewählt.

Zum Kassierer wurden Rolf Kircher (Schwäbisch Hall), zum Landesschriftleiter Wolfgang Kircher (Böblingen) gewählt. Robert Silbe (Ostalbkreis) wurde zum stellvertretenden Kassierer und Thomas Mohr (Mannheim) zum stellvertretenden Landesschriftleiter gewählt.

Nach seiner überwältigenden Wahl zum Landesvorsitzenden der GdP Baden-Württemberg stellte Rüdiger Seidenspinner (51) seine Ziele für seine nächste Amtszeit vor. „Zunächst haben die Delegierten einen längst überfälligen Umbau des GdP-Landesbezirks als Auftrag mit auf den Weg gegeben. Die Kreisgruppen

die Ziele, die sich die Grün-Rote Regierungskoalition in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, auch verwirklicht würden. Das seien der Stellenabbaustopp, die Schaffung des Berufsbildes der Polizeifachangestellten und der Schrittweise



Ein überglücklicher wiedergewählter Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner (l.) und sein Vorgänger und Ehrevorsitzender Josef Schneider. Foto: Thomas Mohr

und die Mitglieder sollen mehr in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden“. Außerdem werde der neugewählte Landesvorstand alles daran setzen, dass

Einstieg in die Zweigeteilte Laufbahn, aber auch eine Untersuchung der Strukturen der Polizei in Baden-Württemberg. WKi



Vorstellungskraft gesprengt

Am 4. November 2011 überschlagen sich die Ereignisse, nimmt ein Kriminalfall immer wieder neue überraschende Wendungen. Ein Fall, der an Monstrosität wie an Merkwürdigkeiten in der deutschen Nachkriegsgeschichte seinesgleichen sucht. Zehn Morde, Bombenanschläge und Banküberfälle gehen vermutlich auf das Konto eines Trios, das der rechte Sumpf gebar. Ein Fall, der sich jeder Vorstellungskraft entzieht,

„selbst der professionellen Fantasie, mit der Terrorfahnder oder Medien sonst keine Unwahrscheinlichkeit ausschließen“, wie der STERN zutreffend beschreibt. Eine Terrorzelle, die über zehn Jahre unbehelligt eine Blutspur quer durch Deutschland ziehen konnte. Sie erschoss, soweit

bis jetzt bekannt ist, zehn Menschen aus dem Nichts. Die Tatorte sind quer über Deutschland verteilt. Jahrelang haben in den verschiedenen Bundesländern Sonderkommissionen Tag und Nacht an der Aufklärung der jeweiligen Taten gearbeitet.

Das Ungewöhnliche – und erfahrene Fahnder sagen mir: Einzigartige – an dieser Terrorzelle war, dass sie aus ihren Taten niemals propagandistisches Kapital schlug. Keine Bekennerschreiben, nichts. Auch in der rechtsextremistischen Szene wurden diese Taten nicht zu Propagandazwecken benutzt. Das hat es im Rückblick auf mein eigenes polizeiliches Leben so noch nie gegeben und das hat es den Ermittlern unmöglich gemacht, ein gemeinsames Motiv zu finden und eine Verbindung herzustellen. Natürlich ist bemerkt worden, dass die ermordeten Geschäftsleute mit einer Ausnahme Türken waren und dass darin ein Motiv hätte liegen können. Aber die Tatsache, dass stets dieselbe Waffe verwendet wurde, lenkte den Verdacht auch auf Organisierte Kriminalität, also Mafiabeteiligung. Dahinein passte

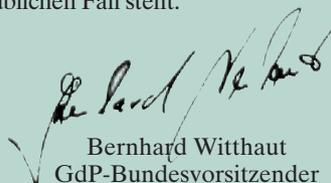
der Mord an meine Kollegin und der Mordversuch an meinen Kollegen in Heilbronn aber ebenso wenig, wie die Banküberfälle.

Ich schließe nicht aus, dass es Unzulänglichkeiten und auch Fehlleistungen auf Seiten der Sicherheitsbehörden gegeben hat, die die Zusammensetzung dieses riesigen Puzzles zu einem geschlossenen Bild verhindert haben. Aber ich widerspreche energisch dem Vorwurf, dass die Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind sein sollen.

Polizei und Verfassungsschutz sind die Institutionen, die den größten und wichtigsten Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland leisten. Die einen durch Aufklärung der Ziele, Strukturen und Methoden, die anderen durch Strafverfolgung. Das hat eine andere Substanz als Sonntagsreden und Lichterketten. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden bei rechten Aufmärschen, die gerichtlich genehmigt wurden, von gewalttätigen und militanten Rechten angegriffen und verletzt. Auf sie wird mit Namen und Adressen Jagd im Internet und auf Steckbriefen gemacht. Das gleiche gilt übrigens auch für den täglichen Kampf gegen den Linksextremismus. Wenn jetzt versucht wird, die Sicherheitsbehörden in die rechte Ecke zu drängen, kommt mit die Galle hoch. Das ist eine Verhöhnung der Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich für unseren Rechtsstaat ihre Haut zu Markte tragen müssen und die wegen ihres couragierten Einsatzes gegen Rechtsextreme fast ihr Leben gelassen hätten oder teilweise unter Polizeischutz leben müssen.

Erst wenn zweifelsfrei feststeht, dass vermeidbare Fehler passiert sind muss couragiert daran gearbeitet werden, sie in Zukunft zu verhindern.

Wenn es Fehlverhalten Einzelner gegeben hat, muss das geahndet werden. Das Wichtigste aber ist, dass die Politik zu ihrer Polizei und zu ihren Sicherheitsbehörden steht. Dass sie auch zu ihrer eigenen Verantwortung in diesem unglaublichen Fall steht.


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Vorstellung und Realität – der Beruf des Polizisten, DP 10/11

Mit Erfreuen habe ich den Leserbrief des Kollegen in der Ausgabe November 2011, zu o.g. Thema gelesen.

Der Kollege äußert sich hier voll und ganz in meinem Sinne. Die Realität sieht nämlich mehr und mehr so aus, dass (insbesondere) unsere eigene Führung und nicht nur die Politik, den Polizeiberuf als solchen nur noch als reine Arbeit vom grünen Tisch her sieht (und zum großen Teil auch nur kennt).

Die Arbeit des Beamten im WSD, also demjenigen, der ständig auf der Straße seinen Dienst verrichtet, der die Erschwernisse des unregelmäßigen Dienstes erträgt, von dem erwartet wird, dass er sämtliche Rechtsbereiche (Gesetze und Verordnungen) innerhalb von Sekunden zu jeder Tages- und Nachtzeit präsent haben soll (also nicht nur ein Spezialgebiet), der in jedweder Situation und Konfrontation mit dem polizeilichen Gegenüber richtig reagieren muss, wird immer mehr als minderwertig angesehen und herabgestuft.

Von diesen wird dann auch zudem erwartet, dass sie, obwohl die Schichten schon personell vollkommen ausgeblutet sind, sämtliche Sondereinsätze übernehmen, was dann noch eine zusätzliche Belastung für die Freizeit (also die Zeit, die eigentlich zur Regeneration da sein sollte) und auch den sozialen Bereich dieser Kollegen bedeutet.

Ich behaupte einfach mal, dass alle anderen Bereiche der Polizei (sowohl spezialisierte, als auch Stabsbereiche) auf dieser grundlegenden Polizeiarbeit aufbauen.

Sicherlich, Stabsarbeit und auch Spezialbereiche müssen sein. Fragt sich manchmal nur in welchem Umfang.

Was der Kollege hier meines Erachtens noch vergessen hat zu erwähnen, ist auch die Tatsache, dass es mittlerweile auch so ist, dass zusätzlich zu der Geringschätzung der Arbeit des WSD, die Kollegen, die irgendwo im administrativen Bereich ihre Arbeit verrichten, i.d.R. auch weitaus besser in Bezug auf die nächste Beförderung da stehen.

Auch ich kann dem Urteil des Kollegen nur beipflichten, dass ich diesen Beruf heute niemals wieder ergreifen würde und auch keinem mehr empfehlen kann.

Auch ich werde mein Möglichstes tun, um meine Kinder davon zu überzeugen, dass es genügt, wenn einer aus der Familie (mehr negative, als positive) Erfahrungen mit diesem Beruf gesammelt hat.



Ich stelle mir, genau wie der Kollege auch, die Frage, wie sich unsere politische, als auch polizeiliche Führung die Zukunft der Kollegen denkt, die nun schon 20, 25, 30 oder sogar mehr Jahre Schichtdienst verrichten. Erschreckender Weise ist es ja mittlerweile so, dass diese älteren Schichtdienstkollegen überhaupt keine Chance erhalten aus der Tretmühle WSD heraus zu kommen. Ob hier wirklich die Ansicht vorherrscht, dass diese Kollegen bis zu ihrer Pension, also bis 60, (natürlich voll leistungsfähig) im WSD bleiben und zusehen müssen, wie Innen-, bzw. Tagesdienstposten an Jüngere vergeben werden?

Name ist der Redaktion bekannt



Die Wertschätzung des Polizeibeamten ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur in der Öffentlichkeit dermaßen gesunken, selbst seitens der eigenen Führungskräfte erhält er häufig keine ausreichende Unterstützung mehr, und die Politik verschließt sich diesem unangenehmen Thema nur zu gern – es sind ja noch so viele andere, brennendere Probleme zu klären.

Kaum einer der jungen Bewerber wird sich wohl damals vor vierzig und mehr Jahren Gedanken gemacht haben, was ihm in seinem Beruf im Laufe der Zeit alles passieren könnte. Die Baader-Meinhof-Zeit hat in unserer Ehe Spuren hinterlassen, aber auch viele Einsätze, die trotz allem, was geschehen ist, glimpflich abgelaufen sind, aber noch ganz anders hätten enden können. Anerkennung und persönliche Wertschätzung waren selbstverständlich, unter Kollegen, unter Vorgesetzten, in der Öffentlichkeit.

Heute ist der ältere Beamte immer noch gefragt bei Sondereinsätzen, aber aus einem ganz anderen Grund: Personal-mangel an allen Ecken und Enden.

Soziale Kontakte waren damals nur mit sehr viel Verständnis von Freunden möglich. Heute ist uns ein relativ kleiner Kreis von Menschen geblieben, mit denen wir regelmäßig engen Kontakt pflegen, aus dem Polizeibereich ist niemand dabei.

Aber die Samstag-, Sonn- und Feiertageinsätze sind jetzt im Alter nicht weniger geworden.

Das Burn-out bei meinem Mann konnten wir beide nicht verhindern. Eine starke Ehe ist da absolute Grundvoraussetzung für ein Auffangen, wenn die Zweifel zu stark werden. Fehlende Anerkennung,

Beförderungstopps, Bevorzugung von jungen Kollegen für einen schnelleren Aufstieg – all das trug nicht dazu bei, noch im Alter zu motivieren. In einem seiner letzten Personalgespräche wurde mein Mann von seinem Vorgesetzten gefragt, welche Perspektive er denn noch für sich sähe. Das ist fast schon Hohn, wenn ich bedenke, mit wie viel Engagement mein Mann sich der Drogen-Aufklärung Jugendlicher und Schüler gewidmet hat und wie ihm dieses kaputt gemacht wurde durch verkrustete Hierarchien und weltfremde Strukturen.

Ich zitiere hier den Psychologen Prof. Robert Rosenthal, von 1992 – 1999 Dozent an der Harvard University:

„Bei jedem Angriff auf das Selbstwertgefühl stirbt ein wenig Arbeitsfreude, das Selbstvertrauen wird herabgesetzt, welches die Basis ist für gute Leistungen und Erfolge.“

Der Mensch ist nicht Teil einer Institution, er ist kein Rädchen, sondern er ist Teil einer Menschengruppe und stellt seine lebendigen Beziehungen zu anderen Menschen her: zu seinem Chef, zu seinen Kollegen, zu seinen Freunden, zu seiner Familie. Jeder Mensch, der dem Mitmenschen die Freude am Da-Sein vermiest, der Unlustgefühle und Selbstzweifel auslöst, tötet ein wenig Arbeitsmoral und die Fähigkeit zu denken und kreativ mitzuarbeiten.

Die größten Leistungen aber werden von Menschen erbracht, die Freude an Aufgaben erleben dürfen. Diese Menschen wollen die Anerkennung ihrer Umwelt erhalten – sie sind Tuns-orientiert.

Wenn man aber seine Energien in defensive Abwehr-Manöver investieren muss, wie soll man dann noch leisten können, leisten wollen?“

Immer mehr Arbeitnehmer – auch aus Wirtschaft und Industrie – beklagen eine mangelnde Wertschätzung durch ihren Vorgesetzten, so die Personalberatung Rochus Mummert in einer Studie, die vor zwei Monaten veröffentlicht wurde. Vor allem Leistungsträger reagieren nicht so sehr auf finanzielle Einbußen, vielmehr sind es fehlende Wertschätzung und mangelnde Perspektiven, die zu einem Loyalitätsabbau führen.

Wenn in der Entwicklung der Personalpolitik innerhalb der Polizei etwas verändert werden muss, dann ist es der Weg zu mehr Menschlichkeit, Offenheit dem einzelnen gegenüber, Ehrlichkeit in der zwischenmenschlichen Beziehung, auch zwischen Kollegen und Vorgesetzten, Verständnis für die Belange des anderen, eine frühe Einbeziehung in Planungen und

Überlegungen, aber auch das direkte Gespräch über unangenehme Aspekte. Das Gefühl, zu einem Team zu gehören, in dem alle gemeinsam an einem guten Ergebnis arbeiten, kann nur entstehen, wenn Vertrauen und Verständnis gewachsen sind, dann fördert es die Identifikation mit dem Beruf und somit die Anerkennung eines ganzen Berufsbildes. Und das geht uns alle an, da ist jeder Einzelne gefragt.

Name ist der Redaktion bekannt



Ich kann mich dem Leserbrief des Kollegen nur anschließen. Ich bin nun 54 Jahre alt und versehe seit dem 1.10.1978 Wechseldienst. Lange Jahre war ich zu jung, um eine Stelle im Tagesdienst zu bekommen. Dann hatte ich noch nicht den richtigen Dienstgrad, da ja PHK jeden POK schlägt. Nun bin ich seit einiger Zeit PHK – aber leider zu alt für den Tagesdienst, jung genug, um im Wach- und Wechseldienst zu arbeiten, jedoch zu alt für den Tagesdienst. Welcher Hohn!

Die Spitze veranstaltet nun die Abteilung K. Die schreiben die jüngsten Kollegen in unserer PI an, ob sie nicht Interesse hätten, zur Abteilung K zu wechseln, um über die K-Wache Sachbearbeiter in der Abteilung K zu werden. Ich fühle mich regelgerecht vergessen, von allen Seiten benachteiligt. Von der Politik, vom Personalrat, von den Vorgesetzten, obwohl ich der Gewerkschaft der Polizei in einem Punkt sehr dankbar bin. Ich bin im gehobenen Dienst und inzwischen A 11.

Daran hätte ich bei meiner Einstellung niemals zu träumen gewagt. Danke GdP.

Ralf Engler, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



Staatsschulden und die Bremsspuren bei der Polizei

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2009 die von der Föderalismuskommission II vorgeschlagene Reform der Finanzverfassung beschlossen. Der Bundesrat hat dem 57.(!) Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes am 12. Juni 2009 zugestimmt. Die sogenannte Schuldenbremse war geboren, die die Neuverschuldung Deutschlands begrenzen soll. Die Diskussionen darum wurden und werden noch immer konträr und heftig geführt. Fakt ist aus Sicht der GdP, dass sich der Staat mit dieser einseitigen Maßnahme keinen Gefallen getan hat.

In der Föderalismuskommission II war es Ziel, wegen der unterschiedlichen Haushaltslagen in den Ländern und beim Bund, Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen zu entflechten. Für den Bund und die Länder wurden im Grundgesetz mit einem strukturell

auf allen Ebenen zu erreichen. Die Kreditaufnahme des Bundes und der Länder ist durch die Verfassung zwar sowieso schon begrenzt gewesen, aber diese alten Verfassungsgrenzen haben den Schuldenanstieg nicht verhindert. Die neue Schuldenbremse soll nun endlich zu mehr

Stabilität geschaffen, der die Haushalte von Bund und Ländern überwachen soll. Denn eine verfassungsmäßige Folgenabschätzung der „Schuldenbremse“ für die Haushaltsautonomie der Länder ist für das Bundesstaatsgefüge erheblich.

Und für die Menschen in diesem Gefüge?

Die Gesellschaft braucht eine Ordnung

Zu den Grundlagen der Staatslehre gehört die Feststellung, dass der Staat der Gesellschaft die Ordnung gibt. Was geschieht, wenn solche Ordnung ausbleibt, ist z. B. im Jemen oder in Somalia zu besichtigen. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Doch auch bei uns hat der Satz „Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten“ durchaus seine Gültigkeit.

Die Menschen haben ein Grundbedürfnis nach Sicherheit. Der demokratische Staat hat eine Schutzverpflichtung und der Einzelne ein Recht auf Schutz durch die staatliche Ordnung, wenn die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gefährdet ist und wenn es um Fragen des menschlichen Lebens und der körperlichen Unversehrtheit geht.

Der Staat ist verpflichtet, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen und die öffentliche Sicherheit sowie den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Daher ist es verfassungsrechtlich geboten, dass der Staat durch die Polizei die eigene Fähigkeit und Bereitschaft sowohl zum Schutz als auch zur Durchsetzung der Rechtsordnung nicht nur aufrechterhält, sondern deutlich sichtbar macht. Die polizeilichen Organisationen stellen Innere Sicherheit her. Sie garantiert das gesellschaftliche Leben, welches wir als Bürger als reales soziales Netzwerk benötigen. Es ist ein Ausdruck von Lebensqualität. Lebensqualität berücksichtigt sowohl politische, soziale und wirtschaftliche als auch umweltorientierte Aspekte und Faktoren wie persönliche Sicherheit und Gesundheit, Bildungs- und Verkehrsangebote sowie andere öffentliche Dienstleistungen.

annähernd beziehungsweise vollständig ausgeglichenen Haushalt enge Neuverschuldungsgrenzen verankert. Mit dieser Reform will man auch die Einhaltung des Mittelfristziels für das gesamtstaatliche Defizit aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt absichern.

Ob das gelingt, ist mehr als fraglich. Bevor die Grenzen bindend werden, ist für die Länder eine Übergangsfrist bis 2020 und für den Bund bis 2016 vorgesehen. Ziel ist es, zügig ausgeglichene Haushalte

Haushaltsdisziplin und einer gerechteren Lastenverteilung führen.

Sie sieht konkret vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. Die Neuregelung (Art.109 und Art. 115 GG) gelten für den Bund und die Länder ab dem Haushaltsjahr 2011. Um drohende Haushaltsnotlagen schneller erahnen und besser bekämpfen zu können, wurde ein Sta-



Foto: Rainer Jensen/dpa



Zentrales Element der Föderalismusreform II war die Reform der verfassungsrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme in Bund und Ländern mit dem Ziel, die Staatsverschuldung wirkungsvoller zu begrenzen.

Die „Schuldenbremse“ wirkt nun auf eine Gesellschaft, der seit geraumer Zeit erklärt wurde, sie müsse sich anpassen und wandeln. Seit den 90er-Jahren wurden Dienstleistungen für die Menschen in Deutschland immer mehr abgebaut. Varianten zu diesem Thema trugen die Überschriften: „Die Staatsquote ist zu hoch“ – „Wir wollen einen schlanken Staat“ – „Weniger Staat – mehr Wachstum“. All die Verwaltungsreformen, die auch die Polizei ergriffen hatten, haben offensichtlich ihre Sparziele nicht erreicht. Doch im Ergebnis wurde Personal abgebaut, wurden gewachsene und bewährte Strukturen zerschlagen und dadurch der Staat reduziert.

Auf diese Erfahrungen wirkt nun die

Artikel 109 GG

Abs. 3

Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen mit der Maßgabe, dass Satz 1 nur dann entsprochen ist, wenn keine Einnahmen aus Krediten zugelassen werden.

Schuldenbremse zusätzlich. Wieder soll Personal reduziert werden. Wieder werden neue Strukturen erdacht. Es ist eben ein falscher Befund, zu der Feststellung zu gelangen, der Bevölkerungsrückgang in der Gesamtbevölkerung akzeptiert auch weniger Polizei. Durch die Ruhestandsdaten der nächsten Jahre baut sich Personal alleine ab. Ziel muss es sein die Einstellungszahlen nach oben zu verändern. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, für Verwaltungsaufgaben auch vermehrt entsprechendes Personal einzustellen.

Der Staat reduziert sich

Mit der Personalreduzierung einher geht meist eine Aufgabe von Dienststellen. Polizei als Organisation mit Bürgernähe verändert sich dadurch vielfältig. Für eine Daseinsvorsorge für die Menschen muss polizeiliche Hilfe zur Verfügung stehen. Das Zusammenleben der Menschen und die Gewährleistung des Gemeinwesens vertragen keine fortgesetzte Demontage polizeilicher Strukturen. Die Menschen erwarten innerhalb zumutbarer und angemessener Zeit polizeiliche Reaktionen. Für diese Arbeit ist es allerdings erforderlich, dass die Präsenz rund um die Uhr und aus der Nähe erfolgt. Wird diese Maxime aufgeben, erleben die Menschen Polizei nicht mehr als Hilfe. Polizei wird dann nur noch bei Veranstaltungslagen erkennbar. Damit reduziert sich der Staat auf einem ganz wesentlichen Gebiet und konzentriert sich faktisch im für die Menschen Unsichtbaren. Zwischen den Menschen, dem Staat und der Polizei wird eine Distanz aufgebaut, die einer zivilen Gesellschaft nur abträglich sein kann.

Es geht also um mehr als um ausbleibende Haushaltsmittel für Investitionen für IT-Technik oder Mieten für Dienststellen. Die Menschen wollen und brauchen einen sichtbaren Staat.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung 2009 von den großen Aufgaben der Politik gesprochen. Eine davon sei, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Staat zu verbessern. Die erkennbaren Auswirkungen der Schuldenbremse werden allerdings das Gegenteil bewirken.

In der Hochzeit der Bankenkrise musste der Staat das Vertrauen zwischen den Banken ersetzen. In dieser Stunde der Not gab es eine Sehnsucht nach mehr Staat. Nun soll sich der Staat auch auf der Grundlage seiner Verfassung zurückzie-

Art 115 GG

Abs. 1

Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmaren Ermächtigung durch Bundesgesetz.

Abs. 2

Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz ist entsprochen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Zusätzlich sind bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen. Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme von der nach den Sätzen 1 bis 3 zulässigen Kreditobergrenze werden auf einem Kontrollkonto erfasst; Belastungen, die den Schwellenwert von 1,5 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt überschreiten, sind konjunkturgerecht zurückzuführen. Näheres, insbesondere die Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen und das Verfahren zur Bereinigung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung auf der Grundlage eines Konjunkturbereinigungsverfahrens sowie die Kontrolle und den Ausgleich von Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme von der Regelgrenze, regelt ein Bundesgesetz. Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden. Der Beschluss ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden. Die Rückführung der nach Satz 6 aufgenommenen Kredite hat binnen eines angemessenen Zeitraumes zu erfolgen.



hen? Der Personalabbau in den letzten Jahren hat zu einer Arbeitsverdichtung in der öffentlichen Verwaltung geführt. Die Arbeitsbedingungen in der Polizei führen stärker als in anderen Branchen zu einem Anstieg der Gefahr von arbeitsbedingten Erkrankungen. Die Beschäftigten in der Polizei sind durch die Art ihrer Arbeit, die Arbeitszeiten, durch Konflikte, mit denen sie umgehen müssen, durch täglich erlebtes Elend und kaum noch zu verkraftendem Gewaltanstieg einem ungeheuren Arbeits- und Leistungsdruck ausgesetzt. Mängel und Defizite in der Ausstattung

weiter verschärfen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Rechtsstaat schwächen.

Die Diskussion um die Finanzierung von staatlichen Aufgaben wird einseitig geführt. Die Sorge vor einem überschuldeten Staat ist aus der Erinnerung an Inflation und Staatsverschuldung in den zwanziger und dreißiger Jahren verständlich. Doch dazu wird eine weitere Drohkulisse geschoben: Seit rund 40 Jahren, so wird argumentiert, hat sich ein Finanzdefizit entwickelt, das die Handlungsfähig-

unattraktiver zu machen. Sie wären auch aus heutiger Sicht durchaus eine staatliche Einnahmemöglichkeit, die nicht nur den staatlichen Handlungsspielraum erweitern, sondern auch einen moralischen Akzent setzen würden. Deutschland hatte sich zwar dafür eingesetzt, aber auf dem jüngsten G20-Gipfels fand diese Steuer nur am Rande Beachtung und gipfelte in der lapidaren Aussage, man erkenne die Initiativen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen unserer Staaten an.

Vielleicht gibt es hier noch etwas Hoffnung – wenn man sich an die Aussage von Finanzminister Wolfgang Schäuble klammert, der im Vorfeld des G20-Gipfels sagte, sollte keine weltweite Lösung gefunden werden, müsse die EU alleine vortreten. Und auch der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der ständige EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hatten in einem Brief an die G20-Chefs die weltweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert.

Und noch eine Einnahmemöglichkeit ergibt sich: Die aktuelle Bundesregierung hatte in ihrem Koalitions-

Finanzmarkt: Steuern auf Transaktionen und Aktivitäten		
	Finanztransaktionssteuer	Finanzaktivitätssteuer
Was wird besteuert?	sämtliche Geschäfte und Produkte auf den Finanzmärkten, z.B. Aktien, Devisen, Anleihen, Rohstoffe, andere hochriskante Papiere	Gewinne und Gehaltszahlungen von Bankern
Wer ist betroffen?	Spekulant, solide Finanzmarktakteure, möglicherweise Bankkunden	Banker



dpa•12632

oder in den Arbeitsabläufen werden immer mehr durch individuelle Leistungsbereitschaft ausgeglichen. Durch fortgesetzte Strukturveränderungen geht der soziale Zusammenhalt, der einen eigenen Wert für das Organisationsziel der Behörden und jede einzelne Polizistin und jeden einzelnen Polizisten hat, verloren.

Es droht, dass die Innere Sicherheit als Aufgabe des Staates durch die Schuldenbremse „ausgebremst“ wird. Die Folge der Kürzungen ist, dass die Ordnung staatlicherseits zum Nachteil der Menschen, die in diesem Land leben wollen und müssen, einseitig verändert wird.

Wenn politische Entscheidungsträger weiterhin die Reduzierung der Polizeikräfte als Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durchsetzen, werden sich bereits bestehende Missstände

keit des sozialen Rechtsstaates gefährdet. Dieser Einschätzung mit einer drastischen Ausgabenkontrolle zu begegnen ist jedoch absolut einseitig.

Einseitiges Bremsen führt zum Schleudern

Dem Ziel, die Haushalte auszugleichen, fehlt der Blick auf die Einnahmeseite.

Seit Langem schon wird zur Regulierung der Finanzmärkte die Einführung einer „Transaktionssteuer“ diskutiert. Sie geht zurück auf den amerikanischen Ökonomen James Tobin, der bereits 1972 eine Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte vorschlug. Die Idee war, die Währungs-Spekulationen durch Erhöhung der Transaktionskosten

vertrag die gewerkschaftliche Idee einer Bundesfinanzpolizei aufgenommen.

Als Folge der politischen Ausgestaltung der Europäischen Union und dem gleichzeitigen Abbau von weltweiten Handelschranken hat die klassische Zollaufgabe deutlich an Umfang verloren. Gleichzeitig wurden die Vollzugsbereiche des Zolls ausgebaut und neue bundesfinanzpolizeiliche Aufgaben übernommen. Der Zoll ist also längst in wesentlichen Teilen Bundesfinanzpolizei geworden. Die organisatorischen Konsequenzen daraus wurden jedoch nicht gezogen. Vielmehr wurden die zuwachsenden Vollzugsaufgaben mit Ausnahme des Zollfahndungsdienstes in unterschiedlichen Strukturen an die klassische Struktur der Hauptzollämter angehängt – mit der Folge, dass die Voll-





zugsbereiche des Zolls aus unterschiedlichen Mittelbehörden heraus geführt unkoordiniert nebeneinander her arbeiten.

Diese Aufstellung ist nicht nur aus Sicht der GdP ineffektiv, kostenintensiv und nicht geeignet, mit den benachbarten Polizeivollzugsbereichen des Bundes und der Länder konsequent zusammen zu arbeiten. Deshalb ist der Aufbau einer schlank organisierten und schlagkräftigen Bundesfinanzpolizei in Deutschland unbedingt erforderlich: Die heutige Organisation Zoll ist in eine administrativ ausgerichtete Bundesfinanzverwaltung mit zentraler Führung und eine Bundesfinanzpolizei zu gliedern. Die Bundesfinanzpolizei wäre ein wirksames Instrument zur finanzpolizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in folgenden sicherheitsrelevanten, polizeilichen Tätigkeitsfeldern der Schattenwirtschaft:

- Bekämpfung des international organisierten Schmuggels von Waren aller Art,
- Bekämpfung von Außenwirtschaftskriminalität,
- Bekämpfung der international organisierten Geldwäsche,

Von links: Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, und der heutige Bundesinnenminister, Dr. Hans-Peter Friedrich, damals Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, geben im Bundestag in Berlin ein Statement. Die schwarz-gelbe Koalition will sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer einsetzen. Darauf haben sich CDU, CSU und FDP nach längerem Tauziehen geeinigt.

Foto: Rainer Jensen/dpa

- Bekämpfung der illegalen Beschäftigung,
- Bekämpfung des Subventionsbetruges und der Steuerhinterziehung zum Nachteil der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Von diesen Kriminalitätsfeldern gehen schwerwiegende Gefahren für die Bevölkerung und die Wirtschaft unseres Landes aus, die durch die Bundesfinanzpolizei wirksam und schnell abgewehrt werden könnten.

Die Bundesfinanzpolizei kann sich zügig aus den bestehenden vollzugspolizeilichen Einheiten des Zolls heraus organisieren. Die Gliederung kann klar strukturiert und in einem schlanken, zweigliedrigen Verwaltungsaufbau erfolgen. Die Bundesfinanzpolizeibehörden kön-

nen örtlich so aufgestellt werden, dass sie mit den anderen Bundespolizeien und den Polizeien der Länder deutlich besser kompatibel werden.

Während die Einführung einer Steuer für die globalisierenden Finanzmärkte nur über internationale Verabredungen möglich wäre, kann bei der Finanzpolizei die Bundesregierung Impulse setzen. Doch sie bleibt bisher hinter den eigenen Erwartungen mutlos zurück.

Die Wirkung der Schuldenbremse zur Korrektur der Verschuldung unseres Staates wird auch unsere Gesellschaft verändern. Diese Veränderung wird Spuren sowohl bei der Polizei als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern hinterlassen.

Jörg Radek



Einkommensrunde 2012

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und GdP haben Ende Oktober 2011 die entsprechenden Entgelttarifverträge im Bereich des Bundes und der VKA (Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände) fristgerecht zum 29. Februar 2012 gekündigt. Am 9. Februar 2012 werden dann die bis dahin in der Mitgliedschaft zu diskutierenden Forderungen beschlossen.

Nachdem bis Jahresmitte dieses Jahres die Wirtschaftsforschungsinstitute über den kräftigen Aufschwung jubelten, mussten sie in ihren Herbstgutachten nach unten kurbeln. Börsenkurse und Geschäftserwartungen brachen vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Krise des Euroraums und einer deutlichen Abschwächung des Wachstums ein. Nach dem jetzt vorliegenden gemeinsamen Herbstgutachten (Gemeinschaftsdiagnose

Ende Februar 2012 haben, werden die Verhandlungen erst Anfang März beginnen, Mitte März fortgesetzt werden und Ende März in die dritte Runde gehen. Da kann es wirtschaftlich noch einige Turbulenzen geben. Die Tarifvertragsparteien haben zusätzlich die formalen Voraussetzungen geschaffen, ggf. nach einer Nichteinigung in der dritten Runde Ende März in die Schlichtung gehen zu können. Ein in der Regel von beiden Seiten nicht sehr geliebtes Mittel, aber für eine Konfliktlösung oft unausweichlich.

Im Gegensatz zur sinkenden Konjunktur sprudeln die Steuereinnahmen. Bund, Länder und Gemeinden können in 2011 mit 40,6 Milliarden Euro mehr an Steuern rechnen als 2010. Dies ist die Prognose des Steuerschätzungskreises, wie am 4. November 2011 vom Bundesfinanzministerium verlautbart. Gegenüber der letzten Prognose von Mai 2011 fließen

beitgeberseite Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich. Für ihn werden es die ersten Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Spannend wird darüber hinaus werden, wie die Verhandlungsgemeinschaft von Bund und VKA



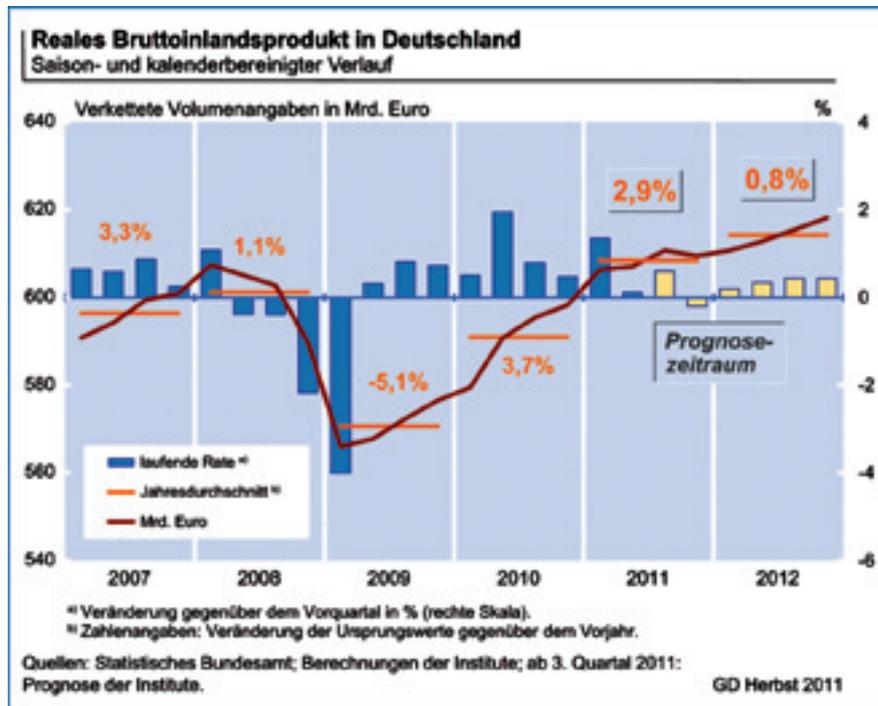
Kerstin Philipp:
im GBV zuständig für
Tarifpolitik

auftritt, da sie in ihren tariflichen Vorstellungen in den letzten Jahren heftig auseinandergedriftete, was ein Verhandeln oft erschwerte, wenn sich schon die Arbeitgeber untereinander nicht einig waren. So zum Beispiel bei der leistungsorientierten Bezahlung

oder der neuen Entgeltordnung. Während der Bund bis Ende Januar 2012 eine Vereinbarung über eine Entgeltordnung – angelehnt an die mit der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) vereinbarte – anstrebt, will die VKA im Wesentlichen keine Veränderung zur bestehenden Vergütungsordnung.

Mit in die Aufstellung der Forderung am 9. Februar 2012 wird einfließen, dass die Beschäftigten bei Bund und VKA in den Tabellenwerten im Durchschnitt ca. 2,53 Prozent hinter den Beschäftigten der Länder zurückliegen. Während sich beim letzten Tarifabschluss für Bund und VKA 2010 die Finanzkrise auf dem Höhepunkt befand, die Inflationsraten niedrig waren und es eine schlechte Wirtschaftsentwicklung gab, sah die Lage Anfang 2011 beim TdL-Abschluss besser aus, was dann auch zu einem höheren Abschluss führte. Neben dem kostenneutralen Verteilungsspielraum aus Bruttoinlandsprodukt und Preissteigerungsrate wird bei der Aufstellung der Forderung folglich auch der Abstand zu den Verdiensten der TdL-Beschäftigten eine Rolle mitspielen, den es auszugleichen gilt.

Mitten in die Diskussion um die Kündigung der Entgelttarifverträge für die kommende Einkommensrunde mit Bund und VKA und damit in die beginnende Diskussion um die aufzustellende Forderung Anfang Februar 2012 kam dann noch folgende Mitteilung: Die Reallöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinken weiter. Trotz Aufschwung



im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums) wird das Bruttoinlandsprodukt 2011 bei 2,9 Prozent und 2012 bei nur noch 0,8 Prozent liegen.

Die Inflationsrate dagegen liegt in 2011 bei 1,8 Prozent und soll 2012 2,0 Prozent betragen.

Das ergibt einen kostenneutralen Verhandlungsspielraum in 2011 von 5,2 Prozent, in 2012 von nur noch 2,6 Prozent.

Da die Tarifverträge eine Laufzeit bis

allein im laufenden Jahr 9,3 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen des Bundes. Die Steuereinnahmen der Länder fallen demnach 2011 um 6,3 Milliarden Euro, die der Gemeinden um 2,6 Milliarden Euro höher aus als zuletzt geschätzt.

Auch das wird gegenüber den Vertretern der Arbeitgeberseite von Bund und VKA nicht unerwähnt bleiben.

Neu in dieser Runde der Vertreter der Tarifvertragsparteien ist auf der Ar-





NEU! COP® Shop in Frankfurt am Main
Schloßstr. 83/Bockenheim, Tel. 069-71918125

FRANKFURT Main

NEU! Seit 30.06.2011 COP® Partner in
Westenhellweg 122, Telefon 0231-162357

DORTMUND

COP® Specials November/Dezember 2011

**Gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2011

6 Einsatzhandschuh

COP® CR214

Art.-Nr: 320214-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - XXL
Handinnenseite aus
weichem Ziegenleder.
Schnittschutzfutter aus
Kevlar® an Handinnenseite.



Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 39,95*



7 Einsatzhandschuh

COP® CR214W

Art.-Nr: 320214W-Größe
Farbe: schwarz
Größen: XS - 3XL
Außenmaterial: 50% Leder,
50% Polyester; Futter: 100%
Polyester. Gefütterte Aus-
führung des COP®CR214 mit
warmen HYTEX-Innenfutter.



Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

Aktionspreis!
€ 39,90
statt 44,95*



8 Handschuh

Under Armour®

Blackout Tactical

Art.-Nr: UA10007815-Größe**
Farbe: schwarz; Größen: S - XL
Material: 55% Polyester, 45% Ziegenleder
Die Handinnenseite besteht aus weichem
Leder für viel Gefühl. Verstärkter Bund mit
Lasche aus Kunststoff mit Klettverschluss.

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 39,95*



9 Plüschbär POLIZEI

Art.-Nr: 5439913-2
Größe ge-
streckt: 35 cm
Plüschbär
mit blauer
Uniform.

Aktionspreis!
€ 9,90
statt 19,95*

10 Polizeiausrüstungstasche COP® 903/904

Art.-Nr: 903 BAG-2
Außenmaße: 56 x 24 x 32 cm
Farbe: schwarz; Material: 600D Polyester
Innen wasserabweisend beschichtet.



11 COP® 904

Art.-Nr: 904 BAG-2
Ausführung wie COP® 903,
nur etwas kleiner. Außenmaße:
46 x 24 x 32 cm (L x B x H)

12 COP® 903 POLIZEI

Art.-Nr: 903 BAG-2P
Tasche COP®903 inkl.
Aufschrift „POLIZEI“

Aktionspreis!
€ 45,90
statt 64,95*

12 COP® 903 POLIZEI

Art.-Nr: 903 BAG-2P
Tasche COP®903 inkl.
Aufschrift „POLIZEI“

Aktionspreis!
€ 49,90
statt 69,95*

Lieferung
ohne Deko

14 Taschenlampe COP® 8503NS LED Stroboskop

Art.-Nr: 18503NS
Leistung: 180 Lumen
Leuchtdauer: 30 Stunden
Leuchtwerte: 100 m;
3 Mikro-Batterien (AAA) enthalten!



Auslaufmodell!
Solange Vorrat reicht!

LED
180 Lumen

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 59,95*

Mit Stroboskop-
+ Dimmerfunktion



Aktionspreis!
€ 29,90
statt 59,95*

Restposten!
Solange Vorrat reicht!

15 UZI Kombipack

Kombipack bestehend aus einer taktische
Einsatz-Uhr und einem Kugelschreiber.



4 Taschenleuchte Quiqlite LED Q-PROUW

Art.-Nr: QL-PRO-UW
Mit ultraviolett und weißer LED
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm; Gewicht: 28 g



Aktionspreis!
€ 19,90
statt 29,95*

Mit UV/weiß LED



Blinkmodus

5 Taschenleuchte Quiqlite LED Q-PRORW

Art.-Nr: QL-PRO-RW
Mit roter und weißer LED
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm; Gewicht: 28 g



Aktionspreis!
€ 15,90
statt 24,95*

Mit rot/weiß LED



Blinkmodus

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie 11 Wahl Artikeln.
Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

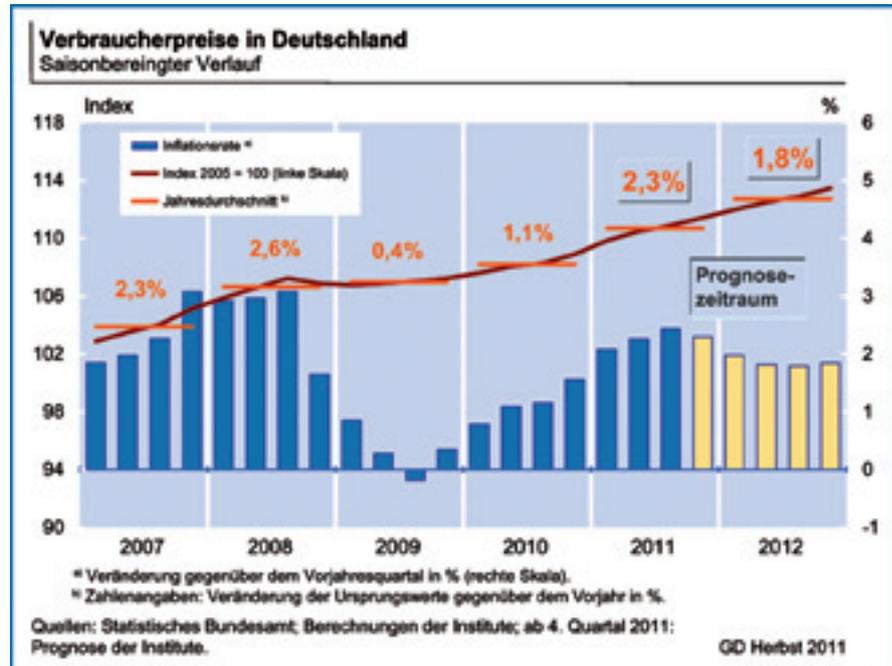
* kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!



und Klagen über Fachkräftemangel ist die Lohnsteigerung deutlich hinter der Inflation zurückgeblieben. Selbst nach den letzten guten Jahren können die meisten Lohnerhöhungen immer noch nicht die Inflation ausgleichen. Eine noch unveröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass die Reallöhne der Deutschen in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gesunken sind. Auch die vergangenen zwei Aufschwungjahre haben den Trend nicht gedreht, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung Ende Oktober 2011.

Es ist nach der derzeitigen Diskussion – auch aus den Erfahrungen der letzten Jahre – nicht davon auszugehen, dass es einen „bunten Blumenstrauß“ an diversen Forderungen geben wird. Mit in die Diskussion einfließen wird aber sicherlich die Frage nach einer sozialen Komponente: sei es als Mindest- oder Sockelbetrag. Das Bedürfnis und die Notwendigkeit, den kleineren und mittleren Einkommen bei den steigenden Belastungen einen größeren Anteil zukommen zu lassen, ist dabei groß.

Ob dies aber einerseits die Tarifvertragsparteien leisten können und müssen oder ob nicht eher die Lösung in einer gerechten Sozial- und Steuerpolitik liegen müsste, ist nach wie vor unbeantwortet. Jedenfalls hat die Koalitionsrunde von CDU/CSU und FDP es mit ihren Vorschlägen zu „Mehr Steuergerechtigkeit“



am 6. November 2011 nicht getan: In zwei Schritten sollen zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 die inflationsbedingten Steuereinnahmen im Volumen von insgesamt rd. 6 Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Die Entlastungswirkung wird in

2012 rund 2 Milliarden Euro und in 2014 weitere rund 4 Milliarden Euro betragen. Dazu wird der Grundfreibetrag angehoben und der Tarif verschoben. Schon jetzt ist zweifelhaft, was effektiv bei den unteren und mittleren Einkommen davon ankommt.
Kerstin Philipp

Altes bleibt, Neues kommt hinzu

Polizeiliche Aufgabenbewältigung im Wandel

Ende Mai 2010 hat die Innenministerkonferenz (IMK) eine Strategie zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität verabschiedet. Darin ist die Sprache von IuK-Kriminalität als „wesentliche Herausforderung im Bereich der Verbrechensbekämpfung und Prävention“. Dies spiegelte sich wieder in den sich verändernden Straftatbeständen, so Wolfgang Gatzke, Direktor im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Veranstaltung Polizeitage 2011, einer Kooperation der Gewerkschaft der Polizei und dem Behörden Spiegel, Ende Oktober in Düsseldorf.

Schadsoftware sei die heutige digi-

tale Tatwaffe. Es existiere eine ganze Underground-Economy, die sich nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichte. „Es gibt Mechanismen, die an sieben Tagen die Woche 24 Stunden funktionieren“, so Gatzke. Straftäter im Netz bräuchten keinen persönlichen Kontakt mehr untereinander, stattdessen gebe es Baukästen, „aus denen man sich nimmt, was man braucht.“ Diese Entwicklung setze auch ein anderes Anforderungsprofil für die Ermittler voraus: Die Polizei müsse gleichzeitig flächendeckend mit einer Grundqualifizierung aufgestellt sein und zudem sehr spezialisierte Fachleute vorhalten, um flexibel und dynamisch reagieren zu können – in Qualität und Quan-

tität. Aus diesem Grund sei das nordrhein-westfälische Cyber-Kompetenzzentrum ins Leben gerufen worden. In diesem seien 60 Polizisten, Ingenieure und IT-Techniker sowie 20 weitere Mitarbeiter beschäftigt. Darüber hinaus gebe es in den Kreispolizeidirektionen 160 Beamte zur Unterstützung für IuK-Ermittlungen.

„Wir sind zu wenig dort, wo wir gebraucht werden“, erklärte Werner Lohn, CDU-Landtagsabgeordneter und Mitglied im Innenausschuss in Düsseldorf. „Unser Ziel kann eigentlich nur sein, dass jeder Beamte in der Lage ist, Maßnahmen gegen IT-Kriminalität zu treffen.“ Könnten Polizisten vor Ort nicht rasch reagieren, würden schnell weitere Straftaten



passieren. Lohn forderte, IT-Fachleute nicht nur für eine Übergangsphase einzustellen, sondern dauerhaft. Notwendig sei darüber hinaus ein regelmäßiger Austausch, sodass immer wieder fitte Leute nachkämen. Dies sei notwendig, weil der durch IT-Kriminalität verursachte Schaden riesige Dimensionen angenommen

Die Polizei muss das Gefühl haben, dass die Politik hinter ihr steht

habe. „80 Prozent der Unternehmer befürchten, dass sie aus dem Netz angegriffen werden.“ Auch die Abwehr von Gefahren auf systemkritische Infrastrukturen sei nicht mehr mit traditionellem Mitteln zu begegnen, sagte Lohn.

„Die Polizei muss das Gefühl haben, dass die Politik hinter ihr steht“, sagte Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender in NRW, auch vor dem Hintergrund des Umgangs mit dem Staats-Trojaner. Während der Chaos Computer Club (CCC) eine Woche lang das innenpolitische Geschehen in der Bundesrepublik bestimmt habe, wäre es an der Zeit gewesen, ein Zeichen zu setzen für die Strafverfolgungsbehörden. Richter forderte, IT-

„Der Bund muss sich klar positionieren“ forderte Bernhard Witt-haut, Bundesvorsitzender der GdP, im Rahmen des Polizeitages 2011 in Düsseldorf. Er wolle das strukturelle Problem aber gar nicht an einzelnen Zahlen fest-machen, sondern an dem, was künftig durch die Polizei geleistet werden soll.
Foto: BS/Jung



Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender in NRW (l.) und Christian Dahm, SPD-Landtagsabgeordneter, Nordrhein-Westfalen
Foto: BS/Jung

Spezialisten künftig auch außertariflich zu bezahlen. Zudem benötige Nordrhein-Westfalen einen eigenen strategischeren

Ansatz in der Erforschung von Kriminalität, um neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen: „Wie sieht Kriminalität in der

Zukunft aus?“ Die digitalen Straftäter befänden sich oft auf dem neuesten technischen Stand und agierten hoch professionell, wie Dr. Hans-Ulrich Krüger, Staatssekretär im Innenministerium NRW, im Rahmen des Polizeitages erläuterte. Nach der jetzigen Gesetzeslage stoße die Polizei weiter auf Ermittlungs- oder Überwachungsschwierigkeiten. Die Polizei würde ihrer Aufgabe aber nur dann gerecht, wenn sie den Tätern auf Augenhöhe begegnen könne. Dazu sei jüngst das Kompetenzzentrum für Cyber-Kriminalität gegründet worden – als zentrale Anlaufstelle beim nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt.

Die nordrhein-westfälische Internetwache nehme monatlich 5.000 Anzeigen entgegen. Auch die NRW-App habe bereits 100.000 Abonnenten. Ziel all dieser Bemühungen sei, „die digitale Welt menschlich zu strukturieren“, so Krüger. „Nur die, die das denken, schaffen es am Ende auch!“

Julian Einhaus



Polizei sucht Frau in Führung

Unter diesem Motto trafen sich Mitte Oktober knapp 70 GdP-Gleichstellungsbeauftragte in Potsdam, um über Hemmnisse und Hindernisse, aber auch erfolgversprechende Ansätze zur Frauenförderung zu diskutieren.

In ihrer Eröffnungsrede betonte die Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), Dagmar Hölzl, dass die 2. GdP-Fachtagung für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nicht nur dem fachlichen Input der Kolleginnen dienen, sondern auch eine Plattform für den informellen Austausch und die Netzwerkbildung darstellen sollte. Außerdem sei es dem GdP-Bundesfrauenvorstand ein wichtiges Anliegen, von den Kolleginnen Wünsche und Bedürfnisse in Erfahrung zu bringen. Die Arbeit für die mehr als 38.000 GdP-Kolleginnen könne nur dann für alle gewinnbringend sein, wenn man um ihre Nöte und Belange vor Ort wisse.

In der fachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Polizei sucht Frau in Führung“ konnten die Kolleginnen feststellen, dass Frauen auch in den polizeilichen Ausbildungseinrichtungen die „Bildungsgewinnerinnen“ sind und mittlerweile in der Mehrheit die besseren Abschlüsse in Ausbildung und Studium haben. Die Frage stelle sich, warum diese bestens qualifizierten Frauen diese hervorragende Ausgangsposition nicht in Berufserfolg ummünzen könnten.

Dr. Hermann Blom, Fachhochschulprofessor aus den Niederlanden, hatte zur

„Gläsernen Decke“, die den Aufstieg von Frauen in Führungsfunktionen der Polizei behindere, einige Thesen vorgetragen, die rege diskutiert wurden. Seiner Ansicht nach sei ein Problem von Frauen in der Polizei ihr Minderheitenstatus, der sie und ihr dienstliches Handeln in einen besonderen Fokus rücke und dafür Sorge, dass sie sich ständig unter Beobachtung fühlten. Erst wenn die kritische Gruppengröße überschritten werde, hätten Frauen die Chance, gleichwertige Behandlung z.B. bei Beurteilungen zu erfahren.

Als weitere Probleme für Frauen auf dem Weg zur Führungsfunktion identifizierte Dr. Blom mit seinem Workshop das mangelnde Selbstbewusstsein und die mangelhafte Fähigkeit zum Selbstmarketing von Frauen. Als Phänomen bezeichnete er, das deutsche Frauen im Vergleich zu europäischen, am häufigsten ein schlechtes Gewissen hätten – ihrer Familie, aber auch ihrem Arbeitgeber gegenüber.

Wenn es gelänge, die Anzahl von Frauen in der Polizei weiterhin zu erhöhen und die Kolleginnen selbstbewusst für sich Führungsfunktionen einforderten, werde die Zukunft der Polizeiführung weiblicher.

Frau Prof. Dr. Birgit Meyer von der Hochschule in Esslingen konnte die Aussagen von Dr. Blom bestätigen, sieht aber die Aufstiegs hemmnisse für Frauen



Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), bei der Eröffnungsrede.

auch noch auf anderen Gebieten wie z.B. bei geschlechtsspezifischen Benachteiligungen im Bereich Arbeitsplatzbewer-



Die Teilnehmerinnen und der Teilnehmer der Gleichstellungstagung.





Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen in Führung finden“

tung, bei den weiterhin in den Köpfen vorhandenen traditionellen Rollenbildern und Geschlechterstereotypen und bei den Arbeitszeitunterbrechungen durch Elternzeit und Beurlaubung.

Organisationen wie die Polizei könnten ihrer Ansicht nach nur für die Förderung von Frauen begeistert werden, wenn sie einen Mehrwert darin erkennen. Und darin bestehe die Chance von und für Frauen: Nicht nur dass die Demografie die Polizei dazu zwingt, die Ressourcen und Potentiale von Frauen zu nutzen. Es sei auch wissenschaftlich bewiesen, dass gemischtgeschlechtliche Teams in den Bereichen Leistung und Kreativität reinen Männerteams überlegen seien.

Es müsse also in unserer Polizei gelingen, die Rahmenbedingungen für Frauen und Männer bezüglich Arbeits- und Präsenzkultur so zu verändern, dass Männer und Frauen in der Polizei einen familienfreundlichen Arbeitgeber erkennen, der beiden Geschlechtern gleiche Chancen für die persönliche Entwicklung und Karriere biete.

Und was tut die GdP, um einer geschlechtergerechten Polizei und Gewerkschaft näher zu kommen?

Der Bundesvorsitzende Bernhard Witt-

haut erklärte in seinem Grußwort, dass die GdP erkannt habe, welche wertvolle Rolle Gleichstellungsbeauftragte in der Organisation der Polizei spielten und dass die GdP bereit sei, diese Kolleginnen in ihrer Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen. Das könne man auch an der Durchführung dieser Fachtagung sehen, die bereits fest im Veranstaltungsprogramm der GdP verankert sei.

Doch wie bekommt man nun mehr Frauen auch in herausgehobene Führungsfunktionen? Die versammelten Kolleginnen kamen zu dem Schluss, dass Veränderungsprozesse in der Polizei von zwei Seiten in Angriff genommen werden müssen: Am sogenannten „kleinen Rad“ müssten Gleichstellungsbeauftragte und Personalräte vor Ort in den Dienststellen drehen und für eine bewusste Per-

sonalentwicklung und Frauenförderung werben.

Am „großen Rad“ der Politik müsse die GdP als Interessenvertretung der Beschäftigten in der Polizei drehen. Sie müsse im Kontakt mit den Vertretern der Politik und der Ministerien die Grundlagen für erfolversprechende Modelle der Frauenförderung schaffen. Dazu gehörten konkret Mentoring-Projekte, aber auch positive Diskriminierung von Frauen wie z.B. Bonusjahre bei den Beförderungswartezeiten, die auch nach Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof gerechtfertigt seien.

Aber die Fachtagung bestand nicht nur aus den großen Zielsetzungen und Zukunftsperspektiven, sondern auch



Workshop „Vereinbarkeit von Beruf und Familie an Polizeidienststellen“: Vorstellung der Ergebnisse Fotos (5): Annette Terweide

aus fachlichem Input zu den Themen der praktischen Arbeit. So wurde in einem Workshop von Kerstin Philipp (stellv. Bundesvorsitzende) und Michaela Schenkluhn aus der Tarifabteilung der GdP-Bundesgeschäftsstelle über die Möglichkeiten der Förderung von Frauen aus dem Tarifbereich diskutiert. Zulagen

Anzeige

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Workshop „Frauen in der Polizei“: Erika Krause-Schöne (li.) und Maria Plötz

nach § 16 Abs. 5 TV-L und die Stufenlaufzeitverkürzung nach 1§ 17 Abs. 2 TV-L wurden als wirkungsvolle Maßnahmen erachtet, die mit dem Arbeitgeber vereinbart werden könnten.

Elisabeth Schulte, Bundesfrauenvor-

stand, beschäftigte sich in ihrem Workshop mit der Aufstellung und Wirkungsbandbreite von Frauenförderplänen und Gerd Rippe aus Bremen diskutierte mit den Kolleginnen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn

in der GdP habe man erkannt, dass die Themen Kinderbetreuung und Pflege die Themen der Zukunft seien – nicht nur für die Frauengruppe. Das Schlussreferat von Frau Dr. Jochmann-Döll zur Thematik der diskriminierungsfreien Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst, ließ nochmals Emotionen aufkommen. Zu lange schon bewiesen Statistiken, dass Frauen und Teilzeitbeschäftigte bei der Beurteilung Nachteile erlitten. Frau Dr. Jochmann-Döll wird gemeinsam mit Frau Dr. Tondorf im Dezember ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zur „Diskriminierungsfreien Beurteilung im PVD“ starten.

Die GdP-Frauengruppe sicherte aktive Mitarbeit zu. Elke Gündner-Ede, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP für Frauen- und Gleichstellung zuständig, bekannte sich in ihrem Schlusswort ausdrücklich nochmals zu ihrer Feststellung von der 1. Gleichstellungstagung in Fulda: „Die Zukunft der Polizei und der GdP ist weiblich! Die starke GdP-Gemeinschaft bietet Euch Gleichstellungsbeauftragten ihre Unterstützung an. Nehmt uns beim Wort und fordert uns!“
Dagmar Hölzl

VEREINBARKEIT

Die Streifenhörnchen in Bremen

Die Polizei Bremen ist im April 2010 zum zweiten Mal mit dem Zertifikat der gemeinnützigen Hertiestiftung für die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgezeichnet worden. Hier wurde eine zuverlässige Tagespflege für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert – und zwar für unter Dreijährige.

Aufgrund der permanenten personellen Engpässe in der Behörde ist eines der herausragenden Ziele, die in der entsprechenden Vereinbarung verankert wurden, die Reduzierung der Abwesenheitszeiten, die durch die eigentlich ungewollte Inanspruchnahme von längeren Elternzeit- und Teilzeitvarianten entstehen, weil keine Betreuungsmöglichkeiten für den Nachwuchs vorhanden ist. Somit wurde die Idee geboren, eine verlässliche Tagespflege für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu organisieren. Dabei wurden von vornherein die Kinder im Lebensalter unter drei Jahren als Zielgruppe ins Auge gefasst.

Ein entsprechendes Betreuungsmodell bietet seit geraumer Zeit die Institution „Pflegekinder in Bremen“ (PiB) mit dem Titel „Kindertagespflege in externen Räumen“ an. Dadurch werden gut

ausgebildete Tagesmütter in die Lage versetzt, quasi im Status der Selbstständigkeit und haftungsrechtlich voll verantwortlich in Betriebe, Unternehmen und Behörden zu gehen, um dort in deren Räumlichkeiten die Kindertagespflege eigenverantwortlich durchzuführen. Sie müssen diese Räumlichkeiten anmieten, zur Tagespflegestätte kindgerecht und unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben herrichten lassen und schließlich die Tagespflege dort durchführen.

Bereits auf einer ersten Informationsveranstaltung für alle interessierten (überwiegend jungen) Eltern bzw. werdenden Eltern, auf der das Konzept ausführlich vorgestellt und sämtliche Frage bis hin zu den Kosten umfassend diskutiert wurden, zeigte sich ein sehr großes Interesse.

Einige Tage nach dieser Veranstaltung wurde ein Bedarfsfragebogen zentral in al-

le Bereiche der Polizei Bremen gesteuert. Hierin wurde den interessierten Eltern mit eingehenden Erläuterungen schließlich eine verbindliche Zusage der Anmeldung ihres Kindes abverlangt. Diese Maßnahme wurde deshalb so beschlossen, weil die Poli-

zeiführung eine verlässliche Entscheidungsgrundlage für den „Startschuss“ des Projektes erlangen wollte. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten, denn schnell waren elf Kinder angemeldet. Eigentlich hätten es bei einer Vollzeitbetreuung nur acht Kinder sein dürfen, aber aufgrund von Platzsharing konnte die Anzahl auf elf erhöht werden.

Die konkrete Projektplanung konnte beginnen: Zunächst hieß es, nach geeig-



Foto: Petra Weikamp





Foto: Gerhard Rippe

neten Räumlichkeiten innerhalb der Polizeiliegenschaften Ausschau zu halten. Schließlich wurde man fündig. Es bot sich eine nicht mehr genutzte und keiner dienstlichen Bestimmung zugewiesene ehemalige Begegnungsstätte an, die über eine breitere Fensterfront und auch sonst über einige vorteilhafte Kriterien verfügte. Da die Errichtung von Kindertageseinrichtungen zahlreichen gesetzlichen Sicherheitsauflagen unterliegt, musste die konkrete Umbauplanung einem geeigneten Architekten überlassen werden.

Parallel dazu wurden zwei hoch qualifizierte Tagesmütter durch die PiB für dieses Projekt gewonnen. Sie verfügten bereits über viel Erfahrung in der Tagespflege von Kleinkindern und wurden bei der Umbauplanung der neuen Einrichtung von Anfang an beteiligt. Schließlich sollte hier ihr künftiger Arbeitsplatz hergerichtet werden.

Schon in der Planungsphase wurden Elternabende durchgeführt, um die konkreten Rahmenbedingungen zu klären, die konkreten Abläufe und das pädagogische Konzept. Schließlich geht es nicht darum, die Kinder während der Arbeitszeit nur unterzubringen und versorgt zu wissen. Vielmehr ist auch der pädago-

gische Aspekt, das Zusammenleben und -lernen in der Gruppe von großer Bedeutung, da die Kinder gerade in dieser Altersgruppe sehr gefordert werden wollen.

Während der Elternabende machten sich die Beteiligten auch Gedanken darüber, welchen Namen die Gruppe künftig tragen sollte. Schnell entwickelte sich die Idee, dass dieser im weitesten Sinne auch einen Bezug auf die Polizei haben sollte. Und so setzte sich ein Vorschlag sehr schnell durch: „Die Streifenhörnchen“. Nunmehr wurde eine Mitarbeiterin der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gebeten, eine entsprechende Grafik zu entwickeln, um der Gruppe auch ein „Gesicht“ mit einzigartigem Wiedererkennungswert zu verleihen. Bald wurde das Streifenhörnchen mit Dienstmütze das in der Polizei Bremen bekannte Markenzeichen der Kindertagespflegegruppe.

Nach Beendigung der Umbauarbeiten konnte die Kindertagespfleeinrichtung „Die Streifenhörnchen“ wie geplant am 1. August 2011 eröffnet werden. In den ersten Tagen wurden die Eltern intensiv in die Eingewöhnungsphase einbezogen und mittlerweile haben sich die Kinder sehr gut eingelebt.

Unterdessen wurde in Eigenleistung und mit Beteiligung der Eltern begonnen, eine Außenanlage unmittelbar angrenzend an die Einrichtung als Spielplatz herzurichten. Das förderte nicht nur den Zusammenhalt in der Elternschaft, sondern bereitete – wenn auch Schweiß treibend – viel Spaß.

Mittlerweile werden einige Kinder sogar in Vollzeit (40 Wochenstunden) betreut und die Eltern können entspannt ihrer Arbeit in der Polizei Bremen nachgehen. Dies bedeutet einen Gewinn für alle Beteiligten: Die Behörde kann auf

die erhöhte dienstliche Präsenz der Eltern zählen, die Eltern – und hier vor allem die Mütter – verlieren nicht allzu lange die Bindung zur Organisation und können ihre ganz persönliche Karriereplanung vorantreiben, die Kinder lernen frühzeitig und pädagogisch wertvoll das soziale Gruppenverhalten und die Tagesmütter können einer verlässlich geregelten Arbeit mit hohem gesellschaftlichen Nutzen nachgehen.

Somit hat die Polizei Bremen in ihrem Bereich ein hervorragendes Beispiel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie umgesetzt. Hier hat insbesondere die Frauenbeauftragte Siggie Holschen mit großer Leidenschaft und Konsequenz eine wunderbare Idee in die Tat umgesetzt. Unterstützt wurde sie dabei von einer Polizeiführung, die die Zeichen der Zeit erkannt hat und daraus resultierend die notwendigen Entscheidungen traf.

**Gerhard Rippe,
Koordinierungsstelle Beruf und Familie
in der Polizei Bremen**

Anzeige

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen
Hochschule Hannover

Chefärzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln – nicht behandeln lassen“ leisten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende interistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Burn-out-Symptomatik
- Depressionen
- chronische Schmerzstörungen
- Ängste
- posttraumatische Belastungsstörungen
- Zwangsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-0666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de
Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31012 Bad Pyrmont



Leitfaden für den ersten Angriff oder wie Pensionäre und Pensionärinnen ihren aktiven Kolleginnen und Kollegen in besonderen Lebenslagen mit Rat und Tat zur Seite stehen

„audit berufundfamilie“ ist das Zauberwort für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Polizeien der Länder und der Bundespolizei.

Doch in unseren Köpfen ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer mit Kindern verbunden.

Eltern- und Teilzeit in allen denkbaren Variationen gehören nach anfänglichen Schwierigkeiten längst zum polizeilichen Alltag.

Aber auch die Pflege von Angehörigen, die auf die Hilfe ihrer Kinder, Eltern, PartnerInnen etc. angewiesen sind, sind Teil der Vereinbarung, der sich die auditierten Unternehmen verpflichtet haben.

Wir alle wissen, dass ein Kind ein einschneidendes, aber sehr freudiges Ereignis ist, auf das sich die Eltern 9 Monate vorbereiten können.

Ein Pflegefall kündigt sich in der Regel nicht an. Er trifft uns meistens wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ab sofort werden die Angehörigen etc. mit Problemen konfrontiert, mit denen sie sich noch nie beschäftigt hatten.

MitarbeiterInnen des Projektes audit berufundfamilie in der Polizei Bremen haben sich dieses Themas angenommen und bieten seit dem

1. August eine Hilfestellung in diesen besonders belastenden Lebenslagen an.

Geboren wurde diese Idee im Winter 2010 und entgegen sonstiger Beamtenmentalität wurden auch gleich Drehzahlen gemacht.

Als erstes wurden PensionärInnen un-

ter der Prämisse angeschrieben, ob sie sich vorstellen könnten, einen noch zu erstellenden Notfallplan gemeinsam mit den audit-Verantwortlichen zu erarbeiten.

Erfreulicherweise stimmten sieben der 10 angeschriebenen ehemaligen KollegInnen sofort zu. Im Januar dieses Jahres kam es zu einem ersten Treffen. Gemein-

den, mit denen die „Ersthelferinnen und Ersthelfer“ ab sofort arbeiten können.

Was hat es aber auf sich mit einem Leitfaden für den ersten Angriff?

Kollegen, die sich mit einem plötzlichen eingetretenen Pflegefall konfrontiert sehen, können sich sofort an die Koordinierungsstelle für das audit oder die Frauen-



Das sind unsere tollen PensionärInnen von links nach rechts: Horst Albinger, Ingolf Niemann, Bernd Surwilow, Marion Bippus, Gudrun Jache, Pastor Peter Walter und Carlo Lagemann
Foto: Siggí Holschen

sam mit den Profis des Pflegestützpunktes Bremen wurden die Grundpfeiler gesetzt.

Bereits beim nächsten Treffen im April waren die Konzepte für einen Leitfaden der Polizei Bremen und für den Pflegestützpunkt geschrieben und im Juli waren aus den Manuskripten Leitfäden gewor-

beauftragte der Polizei Bremen wenden.

Von den MitarbeiterInnen erhalten sie Telefonnummern von den ErsthelferInnen. Sie setzen sich mit PensionärInnen in Verbindung und vereinbaren für den nächsten bzw. einen der nächsten Tage einen Termin. Die ErsthelferInnen



ORIENTIERUNGSHILFE

kommen zum vereinbarten Zeitpunkt zu dem Kollegen oder der Kollegin nach Hause und stehen für einen Tag mit Rat und Tat zur Seite.

Für diesen Tag erhalten die KollegInnen Sonderurlaub, der in den jeweiligen Urlaubsgesetzen der Länder und im § 29 Abs 3 TV-L geregelt ist.

Natürlich sind und werden die „ErsthelferInnen“ in Schulungen nicht nur mit dem Wissen ausgerüstet, um kompetent beraten zu können, sondern sie erfahren auch eine psychologische Schulung durch den Psychologen und Pastor Peter Walter.

Ihre Hauptaufgabe besteht darin, einen roten Faden zu erstellen. Den Betroffenen die Ohnmacht nehmen, indem sie auf die vordringlichen Maßnahmen hinweisen: wie man z. B. bei einem Unfall, einer zumindest temporären Pflegebedürftigkeit vorgehen sollte, welche Stellen sofort informiert werden müssen etc.

Wer mehr wissen möchte oder wer den Leitfaden für den ersten Angriff erhalten möchte, der wende sich bitte an:

sigrid.holschen@polizei.bremen.de oder gerhard.rippe@polizei.bremen.de

Welche Schritte wann notwendig sind, sind auf der Checkliste für die ErsthelferInnen vermerkt.

Außerdem erhalten die Betroffenen einen Ordner, indem das Wichtigste noch

einmal nachzulesen ist und in dem der eventuell zukünftige Schriftverkehr unter einzelnen Rubriken abgelegt werden kann.

Natürlich kann mit einem Besuch dieser helfenden Engel dieses einschneidende Erlebnis nicht ungeschehen gemacht werden, aber die Betroffenen wissen danach zumindest, wie sie vorzugehen haben.

Selbstverständlich wurde auch die rechtliche Absicherung der ErsthelferInnen nicht außer Acht gelassen und die Unterzeichnung einer Haftausschlussklärung ist Basis für die ehrenamtliche Hilfe.

Eine Frage drängt sich sicherlich noch auf. Welchen Vorteil hat eine Behördenleitung von dieser Art der Hilfestellung?

Die Beantwortung ist elementar.

ArbeitnehmerInnen, die von ihrer Leitung eine Orientierungshilfe in Form dieser ErsthelferInnen erhalten, sind gesundheitlich nicht so belastet wie diejenigen, die sich allein mit einem einschneidenden Ereignis konfrontiert sehen.

Neudeutsch heißt dieses:
Win-Win-Situation.

*Siggi Holschen,
Landesfrauengruppe Bremen*

Bericht eines Ersthelfers

Dass die „Hilfe für den ersten Angriff“ noch vor dem offiziellen Beginn notwendig wurde, war für alle, die sich für dieses Projekt engagieren, ein schwerer Schock.

Am 8.6.11, dem Mittwoch vor Pfingsten, hatten sich alle Ehrenamtlichen im Pflegestützpunkt Bremen noch einmal getroffen, um die Rahmenbedingungen zu manifestieren. Unter ihnen war auch Klaus P.

Drei Tage später, am Pfingstsonntag, erlitt er einen sehr schweren Verkehrsunfall. Seine Ehefrau schilderte es später folgendermaßen. Nach einem wunderschönen Pfingstfrühstück entschloss sich ihr Mann zu einer kurzen Motorradausfahrt nach Bremerhaven. Als sie gerade dabei war, den Frühstückstisch abzuräumen, erhielt sie diesen Anruf der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, der ihr gemeinsames Leben von einer Sekunde zur nächsten total veränderte.

Klaus P. war zum Schwerstpflegefall geworden.

Da ich schon vorher als ehemaliger Lei-

ter der Führungsgruppe der Bereitschaftspolizei ein freundschaftliches Verhältnis zu Klaus P. unterhielt, war es für mich selbstverständlich, seiner Ehefrau mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Dass es nicht bei diesem einen Tag „Beratung“ blieb, ist sicherlich nachvollziehbar. Seit diesem Pfingstsonntag unterstützte ich Frau P. nicht nur mit Rat in speziellen Fragen und bei dem aufwendigen Schriftverkehr mit verschiedenen Institutionen, sondern begleite sie auch in regelmäßigen Abständen zu einer Spezialklinik in Hamburg.

Aufgrund der zurückliegenden Monate habe ich erkannt, wie wertvoll diese Art der Unterstützung für jeden von uns sein kann.

Aber auch für mich als „Ersthelfer“ ist es wertvoll zu erfahren, Menschen in diesen schweren Situationen Hilfestellung geben zu können, die in diesem Fall aber über das Maß eines „Ersthelfers“ hinausgeht.

Ingolf Niemann



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN.**

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com

Achtung Einsatz!

EINSATZSCHIESS-AUSBILDUNG
Die Kurzwaffe



Das Buch erläutert die Ausbildung von dienstlichen Waffennutzern an der Faustfeuerwaffe und ist gleichfalls Berufsanfängern wie den alten Hasen zu empfehlen.

dwj Verlags-GmbH, Tel. 07953 9787-0
www.dwj-medien.de, E-Mail: vertrieb@dwj-verlag.de

Schwerer Streit – Trennung??
Mediation = Konfliktbearbeitung auf Augenhöhe!
www.fairtragen-statt-verklagen.de

Rudolf A. Sternberg
KANZLEI FÜR MEDIATION

Einigungsorientiert
Kostenbewusst
Zeitnah

Tätigkeitsschwerpunkte:
Täter-Opfer-Ausgleich
Trennungsmediation
Behördenmediation

Telefon 0 28 53 / 60 47 18
www.siras.de

www.polizeifeste.de

**Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!**



Hilfe für Dirk und andere!

Registrierungsaktion in Nalbach

Unser saarländischer DP-Landesredakteur Dirk Schnubel (56) aus Körprich ist an Leukämie erkrankt. Um ihm und anderen Patienten zu helfen, organisieren die Gewerkschaft der Polizei und Freunde sowie die Familie von Dirk in Kooperation mit der DKMS (Deutsche Knochenmarkspenderdatei gemeinnützige Gesellschaft mbH) am 4.12.2011 eine Registrierungsaktion. Jeder (!) kann helfen und sich als potenzieller Stammzellspender aufnehmen lassen oder Geld spenden, damit die Typisierungen finanziert werden können.

Vor rund 10 Jahren erkrankte der Kollege bereits schon einmal an dieser tödlichen Krankheit. Jetzt ist die Leukämie zurück und dieses Mal kann er nur überleben, wenn es – irgendwo auf der Welt – einen Menschen mit nahezu den gleichen Gewebemerkmale im Blut gibt, und der



JEDER EINZELNE ZÄHLT

zur Stammzellspende bereit ist. Doch wie findet man einen solchen Spender? Es kommt nur sehr selten vor, dass zwei Menschen nahezu identische Gewebemerkmale haben. Im günstigsten Fall liegt die Wahrscheinlichkeit bei 1:20.000, bei selteneren Gewebemerkmale findet sich eventuell unter mehreren Millionen kein 'genetischer Zwilling'. Die Suche ist aber auch deshalb so schwer, weil noch immer viel zu wenig Menschen als potenzielle Stammzellspender zur Verfügung stehen. Denn: Wer sich nicht in eine Spenderdatei aufnehmen lässt, kann nicht gefunden werden.

Bislang war die weltweite Suche nach einem passenden Stammzellspender erfolglos. Jeder, der sich als potenzieller Stammzellspender in die DKMS aufnehmen lässt, ist eine weitere Chance für Dirk und die Patienten weltweit und kann vielleicht schon morgen zum Lebensspender werden. Mitmachen kann grundsätzlich jeder zwischen 18 und 55 Jahren, der in guter gesundheitlicher Verfassung ist.

Nach dem Ausfüllen einer Einverständniserklärung werden dem Spender fünf Milliliter Blut abgenommen, welches dann auf seine Gewebemerkmale untersucht wird. Spender, die sich bereits in der Vergangenheit bei einer Aktion registrieren ließen, müssen nicht erneut an der Aktion teilnehmen. Ihre Daten stehen weiterhin für alle Patienten zur Verfügung.

Mit der Online-Registrierung können Sie sich bequem von zu Hause aus als Spender in unsere Datei aufnehmen lassen. Füllen Sie unter www.dkms.de einfach das Formular aus und die DKMS schickt Ihnen ein Registrierungsset mit Wattestäbchen nach Hause. Mit diesen Wattestäbchen nehmen Sie einen Abstrich von Ihrer Wangenschleimhaut und schicken diesen wieder an die DKMS zurück. Dort werden die Analyseergebnisse des Wangenabstrichs in einer Datei gespeichert und für den weltweiten Patientensuchlauf anonymisiert zur Verfügung gestellt. Für Sie entstehen dabei keine Kosten. Wir freuen uns aber über jeden Spender, der seine Registrierung zumindest teilweise finanziert.

Wenn Sie mehrere Personen registrieren möchten, können Sie bis zu fünf Registrierungssets anfordern. Sollten Sie noch

mehr benötigen, schreiben Sie uns bitte an Briefspender@dkms.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 02211 94 0582 -0.

Genauso wichtig wie die Registrierung als Stammzellspender ist auch die finanzielle Unterstützung der Aktion. Die Registrierung und Typisierung eines Spenders kostet die DKMS 50 Euro. Als gemeinnützige Gesellschaft ist die DKMS



Unser saarländischer Kollege: Dirk Schnubel

Foto: privat

bei der Spenderneugewinnung allein auf Geldspenden angewiesen. Um die geplante Aktion überhaupt durchführen zu können, benötigen wir Ihre finanzielle Hilfe! Jeder Euro zählt!

**Spendenkonto 626 670 4
bei der Kreissparkasse Saarlouis,
BLZ 593 501 10**

Alle 45 Minuten erkrankt in Deutschland ein Mensch neu an Leukämie, darunter auch zahlreiche Kinder und Jugendliche. Für viele von ihnen ist – wie für Dirk – die Übertragung gesunder Stammzellen die einzige Überlebenschance.

Bereits mehr als 2,5 Millionen Menschen haben sich als potenzielle Stammzellspender bei der DKMS registrieren

Fortsetzung Seite 21



lassen. Damit ist sie die weltweit größte Datei. Täglich spenden mindestens zwölf DKMS-Spender Stammzellen. Dennoch kann noch immer für jeden fünften Patienten kein geeigneter Spender gefunden werden. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen in die Datei aufnehmen lassen.

Das Wichtigste, was Sie über die Stammzellspende wissen müssen.

Warum die Stammzellspende so wichtig ist.

1. Einen geeigneten Stammzellspender für einen Patienten zu finden, ist unglaublich schwer. Entscheidend für die Übertragung von Stammzellen ist die Übereinstimmung der Gewebemerkmale (HLA-Merkmale) zwischen Spender und Patient. Diese ist äußerst selten, da über 4.000 verschiedene Gewebemerkmale bekannt sind, die in Abermillionen Kombinationen auftreten können. Deshalb: Jeder Einzelne zählt!
2. Über 2,4 Mio. Spender (Stand: Juni 2011) sind mittlerweile bei der DKMS registriert. Dennoch wartet jeder fünfte Leukämiepatient in Deutschland, der eine Transplantation benötigt, vergeblich auf einen geeigneten Spender. Daher sind auch Sie so wichtig: Ihre Stammzellen können vielleicht schon morgen Leben retten.
3. So werden Sie potenzieller Lebensspender: Voraussetzung ist, dass Sie

zwischen 18 und 55 Jahre alt und bei guter Gesundheit sind. Mit einem Bluttest (nur fünf ml) werden erste Gewebemerkmale bestimmt. Zeigen diese eine Übereinstimmung mit denen eines Patienten, folgen weitere Tests – Ihr Einverständnis vorausgesetzt.

4. Die Stammzellen befinden sich in hoher Anzahl im Knochenmark (nicht Rückenmark!) des Beckenkamms. Werden Sie aufgrund der Tests als einer der wenigen ermittelt, die vielleicht Leben retten können, gibt es zwei verschiedene Verfahren, Stammzellen zu spenden.

Die periphere Stammzellentnahme (wird in 80 % der Fälle angewandt)

- Dem Spender wird über fünf Tage ein körpereigener, hormonähnlicher Stoff (Wachstumsfaktor G-CSF) verabreicht. Dieses Medikament bewirkt, dass sich vermehrt Stammzellen im fließenden Blut befinden, die über ein spezielles Verfahren (Leukapherese) aus dem Blut gesammelt werden.
- Ein stationärer Aufenthalt ist nicht notwendig.
- Dieses Verfahren wird bei DKMS-Spendern seit 1996 angewandt. Nach heutigem Stand der Forschung sind Langzeitnebenwirkungen nicht belegt.
- Während der Einnahme des Medikaments können grippeähnliche Symptome auftreten.

Die Knochenmarkentnahme

- Zur Knochenmarkentnahme verbleibt

der Spender für zwei bis drei Tage im Krankenhaus.

- Unter Vollnarkose wird dem Spender aus dem Beckenkamm ca. 5 % seines Knochenmarks entnommen.
- Innerhalb von zwei Wochen regeneriert sich das Knochenmark beim Spender vollständig.
- Nach der Entnahme kann für ein paar Tage ein lokaler Wundschmerz bestehen.
- Das Risiko beschränkt sich bei dieser Methode auf das übliche Narkoserisiko.
 - Die Entscheidung, welches Verfahren zur Stammzellgewinnung beim Spender angewandt wird, richtet sich nach den Belangen des Patienten. Nach Möglichkeit wird aber auf die Wünsche des Spenders Rücksicht genommen. Bei beiden Verfahren werden der Verdienstaufschlag und alle anderen Kosten des Spenders von der Krankenkasse des Patienten übernommen.
- 5. Geldspende: Die Registrierung eines Lebensspenders kostet die DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei 50 Euro. Aufgrund der Sozialgesetzgebung ist es den Krankenkassen nicht möglich, die Kosten der Ersttypisierung zu bezahlen. Sie können Ihre eigene Registrierung oder die eines anderen finanziell vor Ort unterstützen.
- 6. Weitere Informationen erhalten Sie vor Ort, unter www.dkms.de oder direkt bei der DKMS.

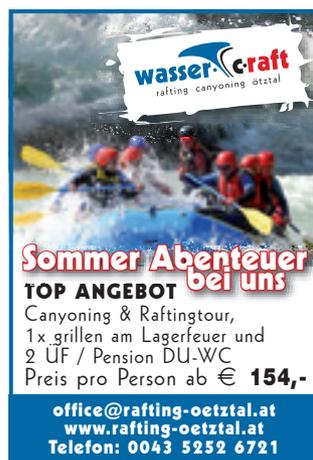
Reise & Erholung

SPANIEN: Costa Dorada
– Südl. Tarragona –
Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4/5 Pers. in kleiner gemütlich. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebars mit TV. Hunde sind willkommen.
E-Mail: los-vagos@gmx.net,
Infos: www.los-vagos.de,
Tel.: 00 34/977 17 05 29

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollekt bietet komfortable Ferien für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 035844/72723
www.heidehof-jonsdorf.de

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 09972/1560
www.ferienwohnung-gruber.de

Bayerischer Wald, komfort. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 09941/7118, www.ferienwohnung-gammer.de



office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Sylt/Westerland
Kollege vermietet FeWo, 40 m², zentral (Friedrichstr.), strandnah (Promenade 2 Min.), bis 3 Pers., Saisonpreise ab 49.– Euro
Tel.: 0173-6651306
E-Mail: berndjuergensen@versanet.de

TIROL: „Wintertraum“ SEE-ISCHGL
Urgemütliches, freundliches u. sehr komfortables Hotel Garni (FW u. Komfortzimmer) lädt zum Verweilen ein.
Schöne Aufenthaltsräume, Tagesbar, Sauna, Softbad, Infrarotkabine, Solarium, Hobbyraum, Massagen usw. machen Sie fit für den nächsten Wintertag.
Eines der schönsten Skigebiete der Alpen mit über 360 Pistenkilometern verlangt Ihnen alles ab.
Längste Naturrodelbahn Tirols, Winterwanderweg, Schneeschuhwandern, Langlaufen uvm.
Gemeinsamer Skipass mit Ischgl, Samnaun, Galtür, Kappell u. See.
Pauschalangebote inkl. Unterkunft u. Skipaß, stark ermäßigte Preise f. Kollegen u. Familien!
Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19
Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19
E-Mail: bergwelt@aon.at,
Homepage: www.bergwelt-see.at

Seychellen
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit Kollegentarifen ab € 60 p. P.
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de

Franken, bei Bamberg, waldrreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134.– €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 030/56585858 oder 01 79/4936842

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 04825/2206

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK direkte Strandlage, Seeblick, Hansaparck, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 04563/7021, Fax: 04563/7022
jochen.lipke@online.de



Digitalfunk bei der Polizei

Gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen

Im Juni 2011 startete in Rheinland-Pfalz der erweiterte Probebetrieb (ePB) zum BOS-Digitalfunk beim Polizeipräsidium in Trier. Heute, knapp ein halbes Jahr später, wollen wir wissen, wie der neue Funk funktioniert und wie er bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt.

„Die Gewerkschaft der Polizei spricht sich für einen starken Arbeitsschutz in der Polizei aus. Stark bedeutet konkret, dass der Wille der Gesetzgeber, die Bestimmungen zum Schutz von Beschäftigten erlassen haben und künftig noch erlassen

Seiten des öffentlichen Arbeitgebers vertreten wird.

Beim BOS-Digitalfunk und bei der Betrachtung der Risiken von Funkstrahlungen (elektromagnetischer Felder) unterscheiden sich aber u.U. die Ansichten:

Die GdP fordert seit langem die Einführung eines sicheren Funksystems, das in allen Bereichen funktioniert – macht aber gleichzeitig die Einführung davon abhängig, dass das neue System gesundheitlich unbedenklich ist.

Der Einführung des BOS-Digitalfunks in Deutschland (TETRA) kann und soll auch an dieser Stelle nicht widersprochen werden, es muss aber erlaubt sein, die Forderung nach Minimierung der gesundheitlichen Risiken

aufrechtzuerhalten. Zumal es diesbezüglich nach wie von wissenschaftlicher Seite berechnete Kritiken gibt.

Das Polizeipräsidium Trier ist die erste Behörde in Rheinland-Pfalz, bei der der Digitalfunk eingeführt wird. Seit März befindet man sich dort im erweiterten Probebetrieb. Insgesamt sollen dort 95 Basisstationen (von denen 94 fertiggestellt wurden; eine befindet sich noch im Aufbau – Stand: 9/2011) eine lückenlose Abdeckung des Funkbereichs ergeben und somit soll eine wesentliche Sicherheitslücke (Funklöcher) des analogen Funks geschlossen werden. Ein erster Test in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, dem Zoll, Kolleginnen

und Kollegen aus Luxemburg, Frankreich und Belgien (Schwerlastverkehr und gewerblichen Reiseverkehrs) –, der ausschließlich unter Anwendung des Digitalfunks durchgeführt wurde, verlief nach Auskunft der Projektgruppe erfolgreich: „Zusammenfassend kann der erste Echteinsatz mit einer Vielzahl von Teilnehmern aus den unterschiedlichsten Bereich als ein voller Erfolg gewertet werden.“ (DP wird im Januar über den Stand des Projektes berichten.)

Die GdP hat schon sehr frühzeitig auf die Informationen aus dem Ausland, hier insbesondere England und Wales, im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz, reagiert. Nachdem 2001 bereits erste Informationen vorlagen, dass bei der Einführung in Großbritannien Erkrankungen aufgetre-



Frühzeitig wurden unsere Kolleginnen und Kollegen in die Handhabung der Handsprechfunkgeräte (HRT = HandRadioTerminal) zur Vorbereitung auf den erweiterten Probebetrieb (EPB) eingewiesen. Da der Start des Probebetriebes noch etwas dauerte, bekamen die TN an der Beschulung eine Kurzanleitung an die Hand.

werden, gleichgültig, ob diese internationalen, supranationalen oder nationalen Ursprungs sind, so umgesetzt wird, wie es der ursprünglichen gesetzgeberischen Intention entspricht. D. h. die Umsetzung muss auf dem höchsten Niveau erfolgen, das nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zur Verfügung steht“ – so der gewerkschaftliche Arbeitsschutz aus Sicht der GdP ([http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Posa/\\$file/ArbSchKonz.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Posa/$file/ArbSchKonz.pdf)) Die GdP ist mit ihrem Konzept absolut auf der Höhe der Interessensvertretung und hat in der Vergangenheit wesentliches dazu beigetragen, dass Arbeitsschutz die Bedeutung und den Stand hat, wie er heute auch auf

Studie soll Risiken untersuchen

2001 erhielt die Polizei im nordenglischen County Lancashire den Zuschlag zum Pilotbetrieb von „Airwave“, wie der digitale TETRA-Polizeifunk auf der Insel heißt. Wenig später wurden Klagen von Polizistinnen und Polizisten laut: Übelkeit, Magen, Kopf- und Zahnschmerzen, Schlaflosigkeit, Hautausschläge, Nasenbluten, Bluthochdruck. Auch das unerwartet häufige Vorkommen einiger Krebsarten wurde mit TETRA in Verbindung gebracht. Ähnliches wiederholte sich in Nord Yorkshire und Leicestershire.

Genährt wurde der Verdacht auch durch einen Bericht des Mikrowellen-Experten Barrie Trower im Auftrag der englischen Polizeigewerkschaft, der einen Anstieg der Krankmeldungen innerhalb von zwei Jahren aufgrund von TETRA prognostizierte.

Das Innenministerium reagierte schnell, nahm 8,8 Millionen Pfund in die Hand und beauftragte das Imperial College in London mit einer groß angelegten Studie, der „Airwave Health Monitoring Study“. Alle rund 176.000 Polizeibeamten und -beamtinnen bekamen das Angebot, ihren aktuellen gesundheitlichen Befund erheben zu lassen und an einem Gesundheits-Screening teilzunehmen, das von 2003 bis 2018 angelegt ist. Erste Ergebnisse soll es 2012 geben. Einigen Polizistinnen und Polizisten in Lancashire reichte das nicht. 176 haben ihren Arbeitgeber inzwischen auf Schadenersatz verklagt.



Josef Schumacher,
Mitglied des GdP-
Landesvorstandes und
dort u. a. zuständig für
Arbeitsschutz und Ge-
sundheitsmanagement
sowie Mitglied der
Bundeskommision für
Gesundheitsschutz



ten waren, forderte die GdP entsprechende Reaktionen auch hier in Deutschland. So wird derzeit die Einführung des Digitalfunks mit Studien – von BDBOS in Auftrag gegeben – begleitet, die mögliche gesundheitliche Auswirkungen untersuchen sollen. Leider bewegen sich diese Studien in einem zu kurzen Zeitablauf; lediglich vier Jahre lang sollen sie die Gesundheitsrisiken untersuchen (in England vom Imperial Collage London hingegen 18 Jahre); wobei im Grunde bekannt sein müsste, dass mögliche gesundheitliche Belastungen erst sehr viel später auftreten können, so zumindest Professor Dr. Wilhelm Mosgöller, zu einer möglichen Krebserkrankung.

Im April 2010 hat die GdP in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Trier auf einer Studientagung erstmals Mobilfunkkritiker zu Wort kommen lassen. <http://cms.bistum-trier.de/bistum-trier/Integrale?SID=537857A4FAB411392D80C5307A497BC7&MODULE=Frontend&ACTION=ViewPageView&PageView.PK=3&Template.PK=101&Template.Konfiguration=akademie&Document.PK=70404>

Eingeladen war auch die Presse und Dorothee Beck, damals beim Bund-Verlag beschäftigt, nahm an dieser Studientagung teil und berichtete anschließend im PersonalratInfo 2/2011.

Ihre Berichterstattung, wie auch ein Interview mit dem Zellbiologen Prof. Dr. Wilhelm Mosgöller zum Thema Mobilfunk, veröffentlichen wir nachfolgend mit freundlicher Genehmigung der PersonalratInfo.

Die GdP wird weiterhin die wissenschaftliche Begleitung der Einführung des behördlichen Digitalfunks mit hoher Aufmerksamkeit verfolgen. Letztendlich empfehlen wir als Mindestvorsorge die vom Bundesamt für Strahlenschutz herausgegebenen Verhaltensregeln auch im Zusammenhang der Nutzung des neuen Digitalfunks (siehe Handy-Knigge).

Zum Weiterlesen hier der Link zur Projektgruppe Digitalfunk:
https://www.digitalfunk-rlp.de/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid=95 **Josef Schumacher**

Funkstrahlen – Risiken und Nebenwirkungen

Ein Bericht von Dorothee Beck, vormals Bund Verlag (PersonalratInfo)

Im April 2010 luden die Katholische Akademie Trier und die Gewerkschaft der Polizei zu einer Tagung über Gefahren des Mobilfunks und des digitalen Behördenfunks TETRA ein. Die Ärztekammer Wien warnt, dass Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre Handys nur in Notfällen nutzen sollten und bezieht sich unter anderem auf eine Studie der EU-Umweltagentur von 2007. Deren Direktorin Jacqueline McGlade sagte im ARD-Report Mainz am 30. Oktober 2007: „Handys mögen schwach strahlen. Aber es gibt genügend Beweise für Wirkungen auch bei schwacher Strahlung, so dass wir jetzt handeln müssen.“

Ob Mobilfunk krankmachen kann, darüber wird schon länger gestritten. Als Ur-

sache gelten elektromagnetische Felder. Als 2001 im nordenglischen Lancashire der digitale Polizeifunk im Pilotbetrieb eingeführt wurde, rückten auch die Risiken von TETRA und dessen technische Besonderheiten in den Blick (siehe Handy-Knigge).



Feststation auf der Wache, einmal mit analogem Funk und zusätzlich ausgerüstet mit TETRA für den ePB – umschaltbar vom eigenen Dienststellenbereich auf Direktionsbereich usw.

In Deutschland brachte die Innenministerkonferenz TETRA 1996 auf den Weg. Der Trans European Trunked Radio Access ist europäischer Standard für den

Praxistipp: Der Handy-Knigge

Gefährdet das Handy Ihre Gesundheit? Bewiesen ist nichts, ausgeschlossen aber auch nicht. Deswegen empfiehlt das Bundesamt für Strahlenschutz folgende Vorsichtsmaßnahmen:

- Wo immer möglich im Festnetz telefonieren.
- Lieber eine SMS senden. Dabei befindet sich das Handy in größerer Entfernung vom Kopf.
- Telefonate per Handy kurz halten.
- Nicht bei schlechtem Empfang telefonieren. Die Sende-Leistung des Handys richtet sich danach, wie gut die Verbindung zur nächsten Basisstation ist. Schlechten Empfang gibt es zum Beispiel im Zug und im Auto.
- Handys mit niedrigem SAR-Wert

verwenden. Je geringer dieser Wert, desto weniger Energie gelangt in das Körpergewebe. Infos zu Handys mit niedrigem SAR-Wert: www.bfs.de/de/elektro/oekolabel.html

- Head-Set verwenden. Mit der Entfernung von der Antenne nimmt die Intensität der Felder schnell ab.
- Verbindungsaufbau abwarten. Während des Verbindungsaufbaus sendet das GSM-Handy (bisheriger europäischer Standard für digitalen Mobilfunk) mit maximaler Leistung. Daher sollte das Freizeichen nicht mit dem Handy am Ohr abgewartet werden. UMTS-Handys gelten in dieser Hinsicht als unbedenklich.
- www.bfs.de (Elektromagnetische Felder, FAQ)





digitalen BOS-Funk, für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Dazu gehören neben der Polizei auch Rettungsdienste, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Zoll. Doch wegen tech-

Basis- und erweiterte MRT (Mobile Radio Terminal, Fahrzeugfunkgerät), die bis zum Echtbetrieb mit den analogen Geräten im Fahrzeug betrieben werden. Darüber befindet sich noch das „Diensthandy“ in der Freisprecheinrichtung; dazu kommen dann noch die HRT und unter Umständen auch noch die privaten Handys der Kolleginnen und Kollegen, was sicherlich zu einer erhöhten Strahlenbelastung führen kann, da das Fahrzeug als Faraday-Käfig die Strahlung der Handgeräte nach außen hin abschirmen wird.

Fotos (4): JS

nischer Probleme verzögerte sich der bundesweite Einsatz immer weiter. Angepeilt wird jetzt das Jahr 2013. Den aktuellen Stand zeigt die Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) im Internet an. Die Investitionssumme kletterte mittlerweile von sieben auf zehn Milliarden Euro.

Gesundheitsrisiken verneinen Befürworter in Politik, Mobilfunkbranche und den beteiligten Behörden, entsprechende Studien werden als unwissenschaftlich abqualifiziert. Das BDBOS hat eigene

Forschungsaufträge an das Bundesamt für Strahlenschutz vergeben, um die Wirkung der Endgeräte auf die NutzerInnen zu erforschen. Außerdem wird auf groß angelegte Studien zu TETRA vor allem in Großbritannien verwiesen.

Die GdP hält einen leistungsstarken digitalen Polizeifunk für notwendig, forderte aber schon früh den Nachweis medizinischer Unbedenklichkeit. Dabei funktioniert TETRA nicht einmal reibungslos, wie ARD-Report München am 29. November aufdeckte. Beim letzten Castor-Einsatz in Gorbelen sei das Netz zusammengebrochen, so der Vorwurf. Doch das wird – wie könnte es anders sein – von der BDBOS bestritten.



Dorothee Beck

„Ich verteufler das Handy nicht“

Interview mit Prof. Dr. Wilhelm Mosgöller – (Dorothee Beck; PersonalratsInfo 2/2011): Was ist dran an den gesundheitlichen Gefahren des Mobilfunks? Dr. Wilhelm Mosgöller, Mediziner und Zellbiologe am Institut für Krebsforschung der medizinischen Universität in Wien, erläutert strittige und unstrittige Ergebnisse wie auch offene Fragen.

Welche Wirkungen können elektromagnetische Felder, die beim Mobilfunk entstehen, auf den menschlichen Organismus haben?

Zwei Wirkungen sind in der Wissenschaft aktuell, die biologische Wirkung und die Schädigung. Die biologische Wirkung kann man sich so vorstellen: Ich klopfte auf den Tisch und Sie zucken zusammen und blinzeln, weil Sie erschrecken. Das Blinzeln ist Ihre biologische Antwort. Sie haben aber keinen Schaden erlitten. Eine solche Wirkung haben elektromagnetische Felder auf die Hirnströme. Das ist seit den 70er oder 80er Jahren bekannt und in mehreren Studien nachgewiesen. Wovon die Leute Angst haben, ist die Schädigung, vor allem dass elektromagnetische Felder die Erbsubstanz beeinflussen und Krebs erzeugen. Bis sich Krebs entwickelt, vergehen 30 oder 40 Jahre. Das können wir jetzt noch gar nicht nachweisen. Wir haben allerdings in Versuchen mit Zellkulturen im Labor festgestellt, dass die DNA unter

dem Einfluss von elektromagnetischen Feldern brechen kann. DNA-Brüche können Krebs hervorrufen, tun das aber nicht zwangsläufig. Sie sind ein Warnsignal.

Eine Gefahr von elektromagnetischen Feldern ist angeblich, dass mit dem Handy am Ohr das Hirn quasi „abgekocht“ wird. Was sagen Sie dazu?

Das ist Unsinn. Der Wärmeeffekt ist gut kontrolliert. Die Wärme hat zwei Quellen. Elektromagnetische Felder werden im Körper in Wärme umgesetzt. Und die Batterie des Handys erzeugt Wärme und erwärmt die Haut. Viele Leute empfinden das als unangenehm. Es ist aber für den gesunden Menschen nicht schädlich. Ein Handy hat zwei Watt, eine Mikrowelle 500 bis 900 Watt. Damit können Sie Speisen erwärmen. Mit dem Handy geht das nicht.

Zellkulturen sind kein menschlicher Körper. Wie sieht es mit dem Risiko von elektromagnetischen Feldern beim Menschen aus?

Einen neuen Stoff oder eine neue Immission untersucht man wissenschaftlich zunächst in der Zellkultur, also im Reagenzglas. Wenn das Ergebnis negativ ist, gilt das mit ziemlicher Sicherheit auch für den menschlichen Körper. Wenn das Ergebnis aber positiv ist, untersucht man das am Tier. Sowohl die Hirnströme als auch die DNA-Brüche wurden im Tierversuch un-

tersucht und der Einfluss bestätigt. Es gibt also keinen Grund, warum das beim Menschen nicht so sein könnte. Das Problem ist aber, dass man nicht durch das Mikroskop wie durch ein Fenster schaut und DNA-Brüche entdeckt. Das öffnet Spekulationen Tür und Tor, auch wenn die Untersuchungen streng reglementiert sind, sich über Monate hinziehen und in wissenschaftlichen Protokollen dokumentiert sind. Als die Ergebnisse bekannt wurden, ging eine Kampagne los, die Wissenschaftler hätten nicht sauber gearbeitet oder sogar Daten gefälscht.



Prof. Dr. Wilhelm Mosgöller

Und war es so?

Nein, das ist Unsinn. Ich halte die DNA-Brüche für echt, der Vorsitzende der deutschen Strahlenschutzkommission sagt etwas anderes. Ich berufe mich auf Ergebnisse aus China, Indien, der Schweiz, Deutschland und aus unserem eigenen Labor in Wien. Er zitiert zehn wissenschaftliche Publikationen, in denen nichts gefunden wurde. An diesen Studien kritisieren wir wiederum, dass da unempfindliche Zellen untersucht wurden. Wir haben hingegen empfindliche Zellen untersucht. Man kann nicht die einen mit den anderen aufrechnen.



Beide Zellarten, empfindliche und unempfindliche, kommen im Körper vor? So ist es.

Auch Sie haben keine Gewissheit, dass elektromagnetische Felder Krebs erzeugen können. Wie wäre Klarheit zu schaffen?

Gewissheit bringen erst epidemiologische Studien. Dabei werden Menschen, die einen bestimmten Tumor haben, einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt, die

allerdings eine Bedingung erfüllen muss: Sie darf kein Handy benutzen. Das ist fast nicht zu realisieren, weil in ein paar Jahren nahezu jeder Mensch mit dem Handy telefonieren wird. Das müssen wir also noch überdenken. Außerdem ist noch nicht genug Zeit vergangen. Wie gesagt dauert es 30 bis 40 Jahre, bis Krebs entsteht. Also bringen solche Studien erst in 20 oder 30 Jahren verwertbare Ergebnisse.

Das bedeutet aber, dass Menschen Jahrzehnte lang einem nicht abschätz-

baren Risiko ausgesetzt werden. Was empfehlen Sie?

Ich verteufl das Handy nicht. Es ist in manchen Situationen von großem Nutzen. Ich empfehle das, was ich auch selbst mache: Mich kurz fassen, lieber mit Kabel telefonieren, das Handy nicht am Körper tragen und bei schlechtem Empfang gar nicht telefonieren, weil dann die Strahlung zunimmt.

A+A 2011

Nach dem Arbeitsschutzkongress ist vor dem Arbeitsschutzkongress

Wie in jedem „ungeraden“ Jahr fand auch dieses Mal in Düsseldorf wieder die A+A 2011 statt. Wiederum verzeichnete die Messe Zuwächse mit mehr als 1.600 Ausstellern aus 54 Nationen und einem Spitzenwert von 60.100 Fachbesuchern.

Menschen, die in irgendeiner Weise mit dem Arbeitsschutzthema verbunden sind, nahmen entweder an dem internationalen Kongress teil oder besuchten die zahlreichen Ausstellerstände, an denen Produkte rund um den Arbeitsschutz angeboten wurden.

Am Treffpunkt „Sicherheit“ in Halle 10 fanden zahlreiche gute Gespräche zwischen diversen Netzwerknern und Besuchern der Messe statt. Auch der DGB war mit einem Gemeinschaftsstand seiner Mitgliedsgewerkschaften auf der Messe vertreten.

Erstmals in ihrer Geschichte war die GdP nicht nur im Rahmen der Messe präsent sondern nahm auch am Internationalen Kongress teil – und dies gleich im Rahmen zweier Workshops. Am Dienstagnachmittag trug Gewerkschaftssekretär Hans-Jürgen Marker zum aktuellen Stand der Suizidprävention in der Polizei vor, während Jörg Radek die Möglichkeiten der Personalräte im Gesundheitsmanagement darstellte.

Die A+A als international führende Fachmesse mit Kongress ist wie sonst keine andere Veranstaltung in Deutschland geeignet, bestehende Netzwerke zu pflegen und neue Kontakte zu knüpfen.

In zahlreichen Vorträgen, Seminaren und Arbeitsgruppen berichteten Akteure aus den unterschiedlichsten Branchen über neue Erkenntnisse und besprechen „best-practice-Beispiele“.

Zu den Produkthighlights zählten u.a. Schutzbekleidung und -artikel speziell für Frauen – z.B. Schutzüberschuhe mit Stahlkappe für „High Heels“, feminine „Blaumänner“ oder auch Schutzhelme in modischen Farben mit Schmuckapplikationen, der ergonomisch perfekte Büro- oder Montagearbeitsplatz sowie kompakte und doch sehr leistungsstarke Messgeräte zur Bestimmung von Schadstoffbelastungen.

Es wäre zwar übertrieben, die A+A als eine Art El Dorado für Arbeitsschutzspezialisten darzustellen, sie ist aber aufgrund der Vielfalt der Angebote durchaus nicht weit von einem solchen Prädikat entfernt. Die GdP wird frei nach der Überschrift großes Engagement daransetzen, auch bei der nächsten A+A wieder präsent zu sein, um interessierten Zuhörern über Innovationen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes für die Polizei zu berichten.

Die nächste A+A findet in Düsseldorf vom 5. - 8. November 2013 statt.

Gewalt in der Polizei – Suizidalität bei Polizeibesetzten

Zu diesem Thema trug Gewerkschaftssekretär Hans-Jürgen Marker am 18.11.2011, dem Eröffnungstag des Internationalen Arbeitsschutzkongresses A+A 2011 in Düsseldorf, vor.

Es war Teil eines Vortragblocks, der die viel sagende Überschrift „gewaltige Wirkungen“ trug. Zweck der Vorträge war es, Formen von Gewalt in unterschiedlichsten betrieblichen Zusammenhängen (Ämter, öffentlichen Verkehrsmittel, Einzelhandel) und deren Auswirkungen auf Beschäftigte, die sich in der Opferrolle befanden, darzustellen. Insbesondere Perspektiven und Präventionsansätze zur Vermeidung von Gewalt fanden das Interesse der Zuhörer.



Für die Polizei wurde das Thema Gewalt anhand verschiedener Beispiele bis hin zu der wohl extremsten Folge von Gewalt gegen sich selbst – dem Suizidherausgearbeitet.

Die Leit-Hypothese zu Beginn des Vor-



trags mit Polizeibezug bestand in der Aussage, dass Gewalt untrennbar zum Beruf des Polizeibeamten/der Polizeibeamtin gehört. Sie ist integraler Bestandteil des Berufsbildes „Polizei“.

Die Polizisten erleben darin Gewalt sowohl in aktiver – wie auch in passiver

zeibeamte/innen im Rahmen des Streifenendienstes (auch: Wach- und Wechseldienst genannt)1.

Am Beispiel des Hausstreitets kann der Faktor „Gewaltart“ besonders plastisch dargestellt werden. I.d.R. hört das einschreitende Streifenteam den Streit, bevor es visuell wahrnimmt, wer mit wem und vor allem mit welchen Mitteln streitet und wie sich der Hauptakteur gegenüber den Polizisten in dem Moment positioniert, in dem die Tür geöffnet wird.

Selbstverständlich sind der Geräuschkulisse und vielleicht auch anderen Informationen, die ggf. vor dem

Einschreiten zur Verfügung stehen (z. B. Waffenregisterinformationen) viel zu entnehmen. Allerdings ist der Moment, in dem sich die Kontrahenten face-to-face gegenüberstehen, ein Schlüsselmoment. Die Historie belegt, dass hier kaum ein tragbarer Gegenstand, der auch nur ansatzweise als Waffe dienen könnte, nicht in Frage kommt – von „echten“ Schusswaffen über Messer bis hin zu waffenähnlichen Gegenständen.

Als zweiter variabler Faktor ist die Gewaltintensität anzusehen. Dahinter steht die Frage, mit welcher Kraft bzw. auch mit welcher Technik eine Gewaltmaßnahme gegen den vermeintlichen Angreifer geführt wird. Konkret: ist der polizeiliche Gegenüber ein „kleiner behäbiger Dickker“, der nur mal einen über den Durst getrunken hat und meint, „dicke Arme“ machen zu müssen, oder sieht sich die Polizei mit einem Rambo-Derivat konfrontiert.

Die beiden Faktoren zusammen, also die Art der Gegenwehr/Waffe und die Technik/Stärke, mit der ein entsprechender Angriff geführt wird, ergeben die Brisanz der polizeilichen Lage bei Gewaltanwendung.

Genau genommen müssten an dieser Stelle noch die Mittel und Möglichkeiten

des einschreitenden Polizeiteams beurteilt werden, um zu einem Gesamtbild zu gelangen. Hierauf wurde aber aufgrund der Zielsetzung des Vortrags verzichtet.

Im hier zu betrachtenden Kontext ist aber nicht nur die unmittelbare Gewalt geeignet, Menschen zu schädigen. Diese Gefahr besteht auch und insbesondere gegenüber sensiblen oder empfindsamen Menschen bei mittelbar auftretende Ereignisse, die regelmäßig wiederkehren. Sie können durchaus den Charakter von Gewalt annehmen.

Als Beispiel ist hier der Beamte zu nennen, der bei einem Verkehrsunfallaufnahme arbeitet und häufig mit dem Anblick toter Verkehrsteilnehmer konfrontiert wird. Das mit dem gewaltsamen Tod im Straßenverkehr zusammenhängende Leid ist untrennbarer Bestandteil der Sachbearbeitung und kann auf Dauer die Seele eines Menschen – des Sachbearbeiters – nachhaltig schädigen.

Gerade solche mittelbaren, gewaltgleichen Vorgänge sind ebenso wie deren unmittelbare Variante geeignet, psychische Schäden, konkret akute Traumata, posttraumatische Belastungsstörungen führen. Im schlimmsten Fall – auch zur Gewalt gegen sich selbst – zum Suizid.

Suizide sind in unserer Gesellschaft keine Seltenheit. Dies mag man an drei Zahlen, die dem Vergleich dienen sollen, erkennen:

Im Jahr 2010 gab es in Deutschland:

- 3.648 Tote im Straßenverkehr
- 1.237 Drogentote
- 9.616 Menschen, die sich das Leben genommen haben

Das Dunkelfeld, also die Zahl der Toten, denen der Arzt einen „natürlichen Tod“ bescheinigt hat, obwohl derselbe durch Suizid herbeigeführt worden ist, wird auf ca. weitere 20 Prozent geschätzt.

Eine Studie, die im Jahr 2000 an der damaligen Polizeiführungsakademie entstanden ist belegt, dass die Suizide in der Polizei einen asymmetrischen Verlauf gegenüber dem in der normalen Bevölkerung nehmen.

Häufigkeitszahl (Fälle pro 100.000 Personen)

	Bevölkerung	Polizei
Alter 15-60 J.	15,7	20,0
Alter 15-20 J.	6,2	23,6
Männer	25,1	21,7
Frauen	8,6	10,2

Suizide im Vergleich Bevölkerung/Polizei



Jörg Bruchmüller (zuständiges GBV-Mitglied für Arbeitsschutz, r.) im Gespräch mit GdP-Kollege Bernhard Schmidt am DGB-Gemeinschaftsstand. Foto: hjm

Form. Aktiv dann, wenn die Polizei zur Durchsetzung ihrer Aufgaben Zwang anwenden muss. Im einfachsten Fall wird sich dieser in Form der „einfachen körperlichen Gewalt“ darstellen, also ohne jedwede Hilfsmittel, quasi mit den „bloßen“ Händen.

In den meisten Fällen nimmt die Polizei jedoch eine passive Rolle ein, wenn es um Gewalteinwirkungen geht. Konkret heißt dies, dass Polizisten mehrheitlich von anderen Personen angegriffen werden. Die Ursachen sind vielfältig. Angriffe erfolgen dann, wenn ein so genannter „Polizeipflichtiger“ dem (aus seiner Sicht) polizeilichen Gegenüber entgegentritt und in genau diesem Kontext erwarten kann – oder muss –, dass er in einer mehr oder weniger einschneidenden Weise reglementiert wird.

Zwei wesentliche einflussnehmende Faktoren (Variablen), mit denen sich Polizisten in der Rolle als Opfer bei Gewaltanwendungen gegenüber sehen, sind zum einen die Art der Gewalt sowie zum anderen die Intensität derselben.

Wie jüngst durch eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN) festgestellt hat, erfolgen die meisten Angriffe gegen Poli-



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

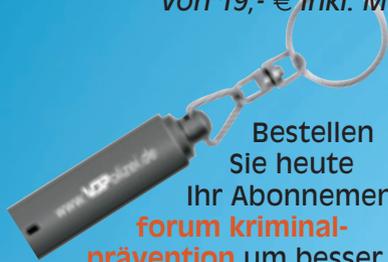
Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen
Sie heute
Ihr Abonnement

**forum kriminal-
prävention** um besser

informiert zu sein.
Als Dankeschön für Ihre
Bestellung erhalten Sie diese
LED-Lampe für Ihren
Schlüsselbund, die Sie auf
jeden Fall behalten dürfen.
Weitere Informationen über
die Zeitschrift und die
Stiftung erhalten Sie auf
www.vdpolizei.de
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (Februar, Mai, August, November). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

zei per Häufigkeitszahl (Fälle pro 100.000 Personen)

Gibt es Verfahren, Modelle, Projekte o.ä. die im Sinne einer Vermeidung bzw. Vorbeugung gegen Suizide in der Polizei Wirkung entfaltet?

Eine erste Antwort gibt eine Studie aus dem Jahr 1991 mit der gezeigt werden konnte, dass ein Interventions-Programm durchaus geeignet sein kann, Suizide deutlich zu verringern.

Ein Blick in Bund und Länder zeigt allerdings, dass die psychosoziale Betreuung der Polizei in Deutschland im Nebel des Föderalismus ziemlich uneinheitlich geregelt ist und darüber hinaus noch differenzierte Qualitätsniveaus aufweist.

Differenzierungsbedarf besteht ferner im Hinblick auf

- soziale Beratung im weitesten Sinne,
- Kriseninterventionen und
- solche im Zusammenhang mit Suiziden.

Im Fokus des A+A-Vortrags stand die Suizidprävention.

Ein Land – es ist Niedersachsen – zeichnet sich gerade in diesem Fall durch ein besonders durchdachtes System zur Suizidprävention aus, das durchaus Vorbildcharakter haben kann. Dieses System wird nachfolgend kurz skizziert.

Seit dem Jahr 2000 gibt es in Niedersachsen Regionale Beratungsstellen –RBS–, die bei den großen Polizeibehörden angesiedelt sind.

Ein Teil des Gesamtkomplexes zur psychosozialen Betreuung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Polizei ist dabei das Schwerpunktgebiet „Umgang mit Suizidalität“.

Diesem Konzept liegt ein dreigeteilter Ansatz zugrunde:

Primäre Prävention

Ziel in diesem Gebiet ist es, im Ar-

beitsumfeld der Beschäftigten, „suizidfeindliche“ Bedingungen z.B. durch Sensibilisierung der Mitarbeiter für Hintergründe/Abläufe etc. zu schaffen.

Sekundäre Prävention

Zu diesem Zeitpunkt ist die Gefahr eines Suizids – mit den Worten des Polizeirechts gesagt – konkret, und unmittelbar bevorstehend. Ziel ist es demnach eine produktive Vermeidungskommunikation durchzuführen, die das komplette sozioökologische Umfeld des Gefährdeten einbezieht. An dieser Stelle ist auch das so genannte Bystander-Problem zu berücksichtigen. Dabei handelt es sich um ein in der Sozialpsychologie diskutiertes Problem²¹²², das – hier stark verkürzt dargestellt – dazu führt, dass bei Anwesenheit mehrerer potentieller Helfer (zu denen auch Polizisten zählen) die Wahrscheinlichkeit, dass eine bestimmte Person auch tatsächlich hilft, mit zunehmender Bystander-Zahl abnimmt.

Tertiäre Prävention

Sie wird durchgeführt, wenn es zu einem Suizid oder Suizidversuch gekommen ist. Konkret geht es dabei um eine konstruktive Aufarbeitung der Situation im Arbeitsumfeld, also unter den Beschäftigten bis hin zum Einbezug der Hinterbliebenen. Die Aufarbeitung sollte dabei unter dem Aspekt „free of blame“, also ohne Schuldzuweisung stehen.

Insgesamt ist das niedersächsische System – wie oben bereits ausgeführt- geeignet, die Tabuisierung des Themas Suizid zu durchbrechen und im Zusammenhang mit einer entsprechenden Kommunikationsstruktur dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der Suizide verringert werden kann und im Falle des (nie auszuschließenden) Falles eine optimale interne und externe Betreuung sichergestellt ist.

hjm

Fußnoten:

1 „Gewalt gegen Polizei“, K. Ellrich, Ch. Preiffer, D. Baier, KFN 2010, S. 16

2 „Suizidalität von Länder- und Bundespolizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 1998“, Stefan Mayer M.A. PFA 2000, S. 9 ff.

3 „Suizidverhalten von Polizeibeamten in den Jahren 1981 – 1991“, Dr. Uwe Lüthmann, in: „Suizidalität...“ aaO, S. 5

Anzeige



Die Gewinner

Zu unserem Preisausschreiben 60 Jahre VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH sind zahlreiche Antworten eingegangen.

Ganz herzlich möchten wir den folgenden Gewinnern gratulieren:

1. Preis: iPad 2

Christian Heise

2. - 5. Preis: Buchgutschein

Achim Eckel, Romy Schwarzenberg, Walter Schneider, Stephan Ottoweiß

6. - 15. Preis: Computerspiel

Bodo Stelzer, Nicole Meyhöfer, Andreas Stahnke, Holger Winter, Michaela Schindler, Thorsten Schnock, Claudia Ahrens, Oliver Schaffer, Tino Berger, Markus Grimm

16. - 18. Preis: Bitburger-Set

Johanna Oswald, Wolfram Müller, Andrea Schmid,

19. - 25. Preis: Konferenzmappe

Julian Marvin, Norbert Schumann, Winfried Totzke, Hans-H. Ehlers, Kurt Würzinger, Christian Dräs, Matthias Höllen

26. - 40. Preis: Fernglas

Wolfgang Eberler, Helmut Freund, Anke May, Bernd Stindt, Detlev Lübke, Wolfgang Pöhl, Gerhard Kügel, Karl-Heinz Pahlke, Bernd Bruhn, Horst Hanschmann, Michel Renfordt, Heinz Auer, Marlene Picha, Laura Wilcke, Gerd Spliedt

41. - 60. Preis: Schlüsselanhänger

Ruth Martin, Thomas Henze, Manfred Schulirsch, Elisabeth Kopp, Helmut Schaberick, Andreas Ritter, Jessica Jäger, Catherine Gamper, Bernd Schneider, Dirk Hansen, Wilfried Martens, Jochen de Groot, Annett Tietke, Torsten Roth, Michael Janßen, Harald Tiedemann, Michael Januschewsky, Michael Fritsch, Christoph Schwach, Jürgen Rutsch

Alle Gewinner wurden von uns benachrichtigt.

Die richtigen Antworten waren:

Frage 1: z. B. Drogen, Sexuelle Gewalt, Gewalt an Schulen, Gebäudesicherheit

Frage 2: 17 Ausgaben



2012

– Alle Termine im Griff ...

...mit dem VDP-Kalenderprogramm



Polizeiterminer 2012

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



Polizeikalender 2012

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die Entwicklung des Fahrerlaubnisrechts“ und „Der Digitalfunk kommt“



Cartoon-Wandkalender Polizei 2012

25 Jahre Jubiläums-Edition

Seit nunmehr 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 56,5 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 der besten großformatigen farbigen Cartoons aus mehr als zwei Jahrzehnten zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Zu unserem 60-jährigen Verlagsjubiläum bieten wir Ihnen folgende

Jubiläums-Angebote

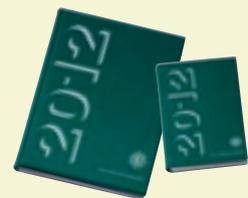
Paket 1:
Alle 3 Kalender
zusammen für nur

15,00 €



Paket 2:
Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

6,00 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.

60 VDP
Jahre

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Telefon: 0211/7104-212 • Telefax: 0211/7104-270
E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • Internet: www.VDPolizei.de

Wieder mehr Selbsttötungen in Deutschland

Erstmals seit dem Jahr 2005 hat die Zahl der Selbsttötungen in Deutschland wieder die Grenze von 10.000 überschritten, berichtet das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro).

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden haben sich in Deutschland im Jahr 2010 10.021 Menschen selbst das Leben genommen, 405 mehr als im Vorjahr. In Deutschland starben im vergangenen Jahr damit fast doppelt so viele Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle, Mord und Totschlag, illegale Drogen und Aids zusammen (rd. 7.650, nach NaSPro-Berechnungen). Alle 53 Minuten habe sich damit in Deutschland ein Mensch selbst das Leben genommen, etwa alle fünf Minuten, so das NaSPro in einer Pressemeldung, finde ein Suizidversuch statt.

Der Wiederanstieg der Suizide in Deutschland seit 2008 spiegele sich auch in der sogenannten Suizidziffer wieder: die Anzahl der Selbsttötungen pro 100.000 Einwohner sei von 11,4 (2007) auf 12,3 (2010) angestiegen. Diese Entwicklung erfüllt die Experten des Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland (NaSPro) mit großer Sorge. Der von 1988 bis 2007 zu beobachtende Rückgang der Suizidhäufigkeit könne kein Anlass dafür sein, in Gesellschaftlichen Investitionen und im Engagement in der Suizidprävention nachzulassen. Auch Medien müssten auf ihre Selbstverantwortung bei der Berichterstattung über Suizide hingewiesen werden, sagte der NaSPro-Vorsitzende Prof. Dr. Armin Schmidtke, Abteilung für Klinische Psychologie an der Universität Würzburg, gegenüber der Presse.

Im Osten die meisten Selbsttötungen

Sachsen (15,3) und Thüringen (14,6) verzeichneten 2010 die höchste Suizidziffer, Nordrhein-Westfalen mit 10,2 und Berlin 10,6 die niedrigste. Am stärksten, so das NaSPro, sei die Zahl der Selbsttötungen pro 100.000 Einwohner in Berlin (+2,3) und Mecklenburg-Vorpommern (+1,9) gestiegen. In Sachsen-Anhalt (-2,2) und Bremen (-1,8) dagegen habe man den deutlichsten Rückgang verzeichnet. Während Sachsen die höchste Suizidrate bei Männern (23,5) inne hat, hält Hamburg seit Jahren den traurigen Rekord der „mit Abstand höchsten Suizidrate bei Frauen (8,0)“.

Suizid: Phänomen des Alterns

Durchschnittlich 56 Jahre betrug das Lebensalter eines 2010 durch Suizid verstorbenen Menschen, rund drei Jahre mehr als noch 1998. 2010 schieden Männer durchschnittlich mit 55 Lebensjahren freiwillig aus dem Leben, bei Frauen stieg das Alter im gleichen Zeitraum von 57,6 auf 58,8 Lebensjahre.

Insgesamt steige die Suizidziffer, beziehungsweise das Suizidrisiko, mit dem Lebensalter. In allen Altersgruppen, so stellten die Experten aber fest, be-
gingen deutlich mehr

Männer vollendete Suizide als Frauen. Betrage die Suizidziffer bei 20- bis 25-jährigen Männern noch 13,1 (Frauen 3,5), steige sie bei den 85 bis 90jährigen Männern auf 78,9 (Frauen 16,7).

Erhängen meist gewählte Art der Selbsttötung

4.550 Menschen wählten im Jahre 2010 das Erhängen als Methode der Selbsttötung. In 1.442 Fällen kamen Medikamente, 850mal der Sturz aus der Höhe, das „Legen vor ein sich bewegendes Objekt“ (766) und 772mal Schusswaffen zum Einsatz. Aufgefallen war den Experten die Zunahme von Fällen der Selbsttötung durch „Legen vor ein sich bewegendes Objekt“ von 572 Fällen im Jahr 2007 auf 766 Fälle im Jahr 2010 sowie Fälle der Selbsttötung durch Gase von 184 (2007) auf 340 (2010).

Hilfe in Lebenskrisen

Das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro) re-

sultiert aus einer Initiative der 1972 in München zunächst unter dem Namen gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Selbstmordverhütung“. 1988 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention – Hilfe in Lebenskrisen e.V. (DGS)“. Die DGS unter dem Vorsitz von Prof. Dr. med. Elmar Etzersdorfer, Chefarzt des Stuttgarter Furtbachkrankenhauses, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, fungiere als Dach aller Einrichtungen und Personen, die sich in Forschung, Lehre oder Praxis mit Suizidprävention als Hilfe in Lebenskrisen befassen. Man verstehe sich als Fachverband



mit spezifischer Ausrichtung im Bereich der Suizidologie und Suizidprävention, so die DGS auf ihrer Homepage: <http://www.suizidprophylaxe.de>.

Suizidgefährdete Menschen sollten nicht länger sich selbst und einem sie ausgrenzenden Vorurteil der Umwelt überlassen werden. Die Fachleute für Suizidprävention wollten „nachhaltig dazu beizutragen, die Phänomene des suizidalen Verhaltens und des Suizid besser zu verstehen und realitätsgerechte Ansätze für wirksame Suizidprävention und Krisenintervention zu finden“. Wesentliche Aufgaben dabei seien die Förderung von Forschung, Fortbildung und Praxis auf diesem Gebiet, die nationale wie internationale Vernetzung von Erfahrungen und eine informative Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Informationen zu Thema Suizidvorbeugung erhalten Interessierte auf der Homepage des Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland: <http://www.suizidpraevention-deutschland.de>.

MiZi



Für das Studium



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

Von **Holger Nimtz**.

2., überarb. Auflage 2011, 260 Seiten,

Format 16,5 x 24 cm, Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0657-7



Prüfungswissen Kriminalistik und Kriminaltechnik

Arbeitstechniken • Übungen • Klausuren • Lösungen

Von **Robert Weihmann** und **Claus-Peter Schuch**.

1. Auflage 2011, 214 Seiten,

Format 16,5 x 24 cm, Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0656-0



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nimtz**.

1. Auflage 2010, 303 Seiten,

Format 16,5 x 24 cm, Broschur,

19,90 € [D], 35,10 sFr.

ISBN 978-3-8011-0647-8



Kriminalistik

Für Studium, Praxis, Führung

Von **Robert Weihmann** und **Claus-Peter Schuch**.

12. Auflage 2011, 863 Seiten,

DIN A 5, Broschur,

29,90 € [D], 52,- sFr.

ISBN 978-3-8011-0662-1



Eingriffsrecht

Band 1:

Grundlagen und Datenverarbeitung

Von **Lambert Josef Tetsch**.

4. aktual. und erweiterte Auflage 2008,

702 Seiten, + Beilage (Jan. 2010)

DIN A 5, Broschur,

30,90 € [D], 54,- sFr.

ISBN 978-3-8011-0591-4



Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Elmar Zimmermann**.

2. Auflage 2010, 384 Seiten,

DIN A 5, Broschur,

17,90 € [D], 31,70 sFr.

ISBN 978-3-8011-0602-7



Eingriffsrecht

Band 2:

Eingriffsmaßnahmen, Zwang, Rechtsschutz und Haftung

Von **Lambert Josef Tetsch**.

4. überarb. Auflage 2010, 389 Seiten,

DIN A 5, Broschur,

20,90 € [D], 36,90 sFr.

ISBN 978-3-8011-0636-2



Europarecht

Ein Studienbuch für die Polizei

Von **Patrick Ernst Sensburg**.

2. Auflage 2010, 256 Seiten,

DIN A 5, Broschur,

18,90 € [D], 33,50 sFr.

ISBN 978-3-8011-0646-1



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Gewinne mit JUNGE GRUPPE (GdP)

Traditionell will DEUTSCHE POLIZEI auch dieses Jahr wieder mit einem Weihnachts-Preisausschreiben zur Einstimmung auf die Feiertage beitragen. Abgesehen davon, dass wir von vielen unserer Leserinnen und Leser wissen, dass ihnen die Preisausschreiben richtig Spaß machen, locken bestimmt auch die attraktiven Preise zum Mitmachen.

Die Fragen, die sich diesmal rund um die JUNGE GRUPPE (GdP) drehen, sind übrigens gar nicht so schwer zu beantworten. Wer das Internet zur Hand hat, ist klar im Vorteil. Darin sind nämlich die meisten der Antworten zu finden.

Wir freuen uns auf Eure Zuschriften. Viel Glück!

1. Wann wurde die JUNGE GRUPPE (GdP) gegründet?

- a) 1971
- b) 1989
- c) 1966

2. Wie heißt der/die amtierende Vorsitzende von JUNGE GRUPPE (GdP)?

- a) Sabrina Kunz
- b) Jens Berner
- c) Bernhard Witthaut

3. Auch in 2012 bietet die JUNGE GRUPPE (GdP) ihren jungen Mitgliedern wieder ein vielfältiges Angebot an Bildungs-, Europa- und anderen Seminaren an. In welches Land führt das Seminar S3?

- a) Frankreich
- b) Russland
- c) Schweden

4. In den Richtlinien von JUNGE GRUPPE (GdP) ist welches Organ nicht enthalten?

- a) die Bundesjugendkonferenz
- b) der Bundesjugendvorstand
- c) der Bundesvorstand

5. JUNGE GRUPPE (GdP) startete am 30. Mai 2011 die Kampagne „AUCH MENSCH – ...“. Wie heißt das Motto vollständig?

- a) AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld
- b) AUCH MENSCH – Polizei im Abseits
- c) AUCH MENSCH – Polizei in Not

6. Wo fand die 13. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) statt?

- a) Hildesheim
- b) Potsdam
- c) Duisburg

7. Wie viele Mitglieder hat die JUNGE GRUPPE (GdP) aktuell?

- a) ca. 5.000
- b) ca. 30.000
- c) ca. 10.000

8. Wie heißt das JUNGE GRUPPE (GdP)-Betreuungsteam zum diesjährigen Castor-Einsatz?

- a) Die fleißigen Hände
- b) Die grünen Helferlein
- c) Die grünen Engel für alle Fälle

Einsendeschluss: 16. Dezember 2011

Sollten mehr richtige Lösungen eingehen als Gewinne bereitstehen, entscheidet das Los. Eine Barauszahlung, Auszahlung in Sachwerten oder Tausch der Gewinne ist nicht möglich.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind hauptamtlich Beschäftigte der Gewerkschaft der Polizei. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinner werden in der Januar-DP bekannt gegeben.

Das sind die Preise:

1. Preis:

je nach Gewinnerin oder Gewinner Damen-Armbanduhr „Sense“ oder Chronograph „Oakland chrome“ (beides OSG)

2. Preis:

„Twingraph“ Füllfederhalter und Kugelschreiber (OSG)

3. Preis:

Sport-/Reisetasche „GALAXY“ (OSG)

4. Preis:

CarryBag XS Einkaufskorb (OSG)

5. Preis:

Leder-Scheintasche „Quadrat“ (OSG)

6. Preis:

Schreibset „Charleston“ (OSG)

7. Preis:

College-Mappe (OSG)

8. Preis:

Sommelierset „Wine Master“ (OSG)

9. Preis:

T-Shirt „Print“ (OSG)

10. Preis:

POLIZEI-Teddy (OSG)

11. Preis:

Tischuhr „Swipp“ (OSG)

12. Preis:

PenLight (OSG)

13. Preis:

Kellnermesser „Burgund“ (OSG)

14. Preis:

Trinkflasche „Flip & Flow“ (OSG)

15. Preis:

ASS-Spielkarten-Set „GdP“ (OSG)

Die Antworten unter dem Kennwort: „Preisausschreiben“ bitte an:

Gewerkschaft der Polizei
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4
10555 Berlin

oder per E-Mail:

gdp-redaktion@gdp-online.de

oder per Telefax: 030-39 99 21 - 200



WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN 2011



Foto: privat



Kapitalmarkt

UNSER ANGEBOT
für Beamte und Arbeitnehmer
im öffentlichen Dienst

Optimierung ihrer Allzweck- und
Hauskredite zu einer
Wunschrate!

Kostenloser Finanzierungs-Check
für ihre Hausfinanzierung!

Forwarddarlehen!
Beamtendarlehen!



06187/90522-0

vermittelt durch:
BVD GmbH
Stresemannstraße 3
61137 Schöneck

www.bvdfinanz.de

Wer Tausenden
zu einem Platz an
der Sonne verhilft,
kann Millionen
gewinnen.



ARD
FERNSEHLOTTERIE

Lose gibt es bei allen Banken,
Sparkassen und der Post.
Oder unter Tel. 0800 0 - 411 411,
www.ard-fernsehlotterie.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer
Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen
von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre,
Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie
uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332

Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



MEHR GELD IM PORTEMONNAIE
QUÄLEN SIE SICH MIT IHREN HOHEN KREDITRATEN DURCH DEN MONAT?
WIR HABEN DIE LÖSUNG FÜR SIE!
RUFEN SIE HEUTE NOCH AN!

- RATENZUSAMMENFASSUNG
- ZINSENKUNGTUNG
- NIEDRIGE WUNSCHRATE
- ZINSGARANTIE
- HYPOTHEKENDARLEHEN
- BEAMTENDARLEHEN
- FORWARDARLEHEN

0800 - 666 8 444

www.UMSCHULDEN-LEICHT.DE

VERMITTLUNG: REUSCHLING & WEIS GMBH • RIMBACHSTRASSE 19 • 98527 SUHL



Raten zu hoch?
Zeigen SIE ihrer Bank die **ROTE KARTE!**
Darlehen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
Forwarddarlehen und kostenloser Check für ihre Hausfinanzierung
einfach ANRUFEN und SPAREN:

0800 - 7255666

vermittelt seit über 40 Jahren: www.SALLMON.DE
Prof. Dr. Sallmon GmbH - In den Wörden 10 - 16356 Ahrensfelde-Berlin



SEIT 20 JAHREN BEAMTENDARLEHEN
SONDERZINS - UNKOMPLIZIERT - SCHNELL - KOMPETENT

Ihre Zufriedenheit ist uns wichtig, wir vermitteln - Sie gewinnen
z.B.: 20.000,- € Rate 184,30 € 50.000,- € Rate 458,09 € inkl. LV
Sollzins geb.: 6,09%, eff. Jahreszins 7,37%, Laufzeit 240 M, 100% Auszahlung, EA 30 J.

NULLTARIF: 0800 056 7836

BFS BEAMTENFINANZIERUNGSSERVICE
Paaselow & Partner GBR, Reichsstr. 90 a, 14652 Berlin, Fax: 030 - 35 10 37 38
www.sonderdarlehen.de - info@sonderdarlehen.de



**Hypotheken, Beamten-
u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken
Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und
beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 14 51 45

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000–100 000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 7 000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Was ist
Ihr größter
Besitz?

Vielen Opfern von Krieg und Natur-
katastrophen ist nichts geblieben.
Wir helfen Notleidenden unab-
hängig von Rasse, Religion und
politischer Zugehörigkeit.

Caritas international
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 15

Diakonie
Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70



Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralegentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • P.F. 3136 • 46314 Borken-Wesek



Extra günstig vom Spezialisten
anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.



Beamtendarlehen superegünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
69155 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanzz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest
gebunden) 5,7%, Lzf. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effek-
tiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicher-
heit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur
stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisier-
ung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mö-
belkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate,
Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
keine Lebens- Renten oder Restschuldsversicherung.



Der Einmalbezug in Hessen

Jedes Streifenteam kennt sie, die Situation, dass ein „Fahrgast“ auf dem Rücksitz des Streifenwagens Platz nehmen soll, der aus hygienischen Gründen alles andere als ansprechend ist. Nicht immer hat der vorausschauende Streifenbeamte vorgesorgt und eine Unterlage in seiner Streifenta-sche mitgeführt. Nicht immer findet sich durch den blauen Müllsack des hilfsbe-wussten Bürgers oder die Unterlage der RTW-Besatzung, eine glückliche Fügung. So ist es keine Seltenheit, dass bei einem solchen Transport, Feuchtigkeit, Urin, Kot oder sogar Blut auf den dienstlichen Sitzbe-zug der Rückbank übertragen werden und sämtliche mikroskopischen Bestandteile, auch nach dieser Fahrt, an Bord bleiben. Ein Staubsauger oder ein Hygienespray helfen selten über die phantasievolle Vorstellungsk-raft unserer Kolleginnen und Kollegen hinweg. Und wer nimmt noch gerne auf dem rechten Sitz der Rückbank Platz? Keiner, denn jeder weiß Bescheid über die stetige Häufung und Vermehrung der Krankheits-erreger im Sitz. Abhilfe schafft nun ein Einmalsitzbezug der Firma Scherrible und

3M. Hier in Hessen wurde im Rahmen der Pandemievorsorge die Gelegenheit erkannt und ein solcher „Einmalsitzbezug“ in jede Hygienebasisbox gepackt, welche wiederum in jedem Dienstkraftfahrzeug mitgeführt wird. Dieser Bezug ähnelt einem großen weißen Bettlaken und ist auf einer Seite mit drei vorgeformten Mützen ausgestattet. Diese drei Mützen lassen sich ähnlich wie Hussen über die Kopfstützen der Rücksitz-bank streifen, sodass diese Plane schnell fest sitzt und nicht mehr verrutschen kann. Die Oberseite ist mit einer feuchtigkeits-abweisenden Beschichtung versehen. Im Einsatz wurde dieses Hilfsmittel getestet und für gut, weil zweckmäßig, befunden. Eine kleine Einschränkung gibt es aller-dings: Die Rückhaltgurte verschwinden in den Vito Fahrzeugen völlig unter dem Bezug, in anderen Fahrzeugen (z.B. dem Opel Zafira) hingegen muss lediglich die Verankerung ertastet und der Gurt kann mit Hilfe eines kleinen Schlitzes an der rechten Stelle verankert werden.

Neben den bereits dargestellten Hygi-enevorteilen sollte kurz erwähnt werden,



Foto: Simone Sieger

dass die professionelle Reinigung einer verschmutzten Rücksitzbank mehr als das zehnfache eines solchen Überzuges kostet.

Mit Sach- und Fachverstand auf den Weg gebracht, konnte die Beschaffung in Hessen unkompliziert umgesetzt werden. Die Arbeit auf der Straße dürfte so für zahlreiche Einsätze, dank des praktischen kleinen Helfers, wesentlich angenehmer werden – vielen Dank hierfür! **S. Sieger, Hofheim**

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 2,05 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
 - weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –
- mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



Erweitertes Führungszeugnis muss gesetzliche Pflicht werden

Die Gewerkschaft der Polizei hält das geplante Bundeskinderschutzgesetz für unzureichend und fordert die gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses für alle Personen, die Minderjährige beruflich oder ehrenamtlich betreuen, erziehen, ausbilden oder beaufsichtigen.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Die jüngsten Vorfälle bei der Parkeisenbahn Wuhlheide in Berlin zeigen, dass Menschen mit pädophilen Neigungen jedes Schlupfloch suchen, um mit Minderjährigen in Kontakt zu kommen. Deshalb reicht es nicht aus, die gesetzliche

Verpflichtung zur Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses nur auf bestimmte Einrichtungen zu beschränken und es ansonsten bei Vereinen oder Betreibern von kommerziellen Kindereinrichtungen auf freiwilliger Basis zu belassen.“ Selbstverständlich, so Witthaut weiter, müssten Beantragung und Ausstellung eines solchen Führungszeugnisses für die Betroffenen kostenfrei sein.

Witthaut: „Eine solche gesetzliche Verpflichtung hat mit einem Generalverdacht gegen haupt- und ehrenamtliche Helfer in der Kinder- und Jugendarbeit nichts zu tun. Kein Mensch würde auf

den Gedanken kommen, dass von der Fahrerlaubnis zu behaupten, die auch für jeden Fahrzeugführer Pflicht ist.“ Das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis, das auch Verurteilungen zu Sexualstraftaten im untersten Bereich vermerkt, sei eine weitere Hürde für potenzielle Sexualtäter, sich das Vertrauen von Kindern zu erschleichen. Witthaut: „Wer in seiner Vergangenheit wegen einer Sexualstraftat verurteilt wurde, wird sich hüten, damit bei einem Verein oder einer Kinder- und Jugendeinrichtung vorstellig zu werden. Wir müssen jedes Mittel nutzen, um Kinder und Jugendliche zu schützen.“ **red.**

DIE GDP-APP FÜR IOS UND ANDROID

Umfassende Informationen immer dabei

Jetzt ist auch das umfangreiche Informationsangebot der GdP mit einer APP im App-Store für iPhones und iPads vertreten. Aktuelle Gewerkschaftsnachrichten, die komplette Ausgabe der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI und vieles mehr ist ab sofort verfügbar.

Die GdP-APP bietet

- die aktuellen Gewerkschaftsnachrichten der GdP aus Bund und Ländern,

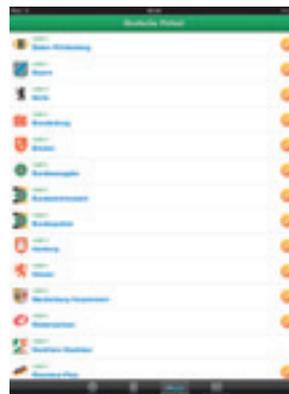
- die aktuellen Ausgaben der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI mit der Bundesausgabe und den 18 Länder- und Bezirksausgaben,
- die GdP-Leistungen für ihre Mitglieder,
- „Wir über uns“ – Informationen über Ansprechpartner, Gremien, Ziele und Inhalte der Gewerkschaftsarbeit sowie die GdP-Satzung,
- eine Stellentauschbörse,
- Informationen über die GdP-Personengruppen Senioren, Frauen und Junge Gruppe in der GdP.

Einfach im App-Store „Gewerkschaft der Polizei“ in die Suchzeile eingeben, herunterladen, fertig.

Auch Android App verfügbar

Das smarte wie umfangreiche GdP-Informationsangebot steht auch im „android market“ kostenlos zum Download bereit.

Die GdP erreichten indes erste positive Bewertungen der GDP-APP. Sie bietet schnellen Zugriff und gute Übersichtlichkeit, so App-Store-Kunde „Smoky-AV.“



„RE-D“ schreibt im App-Store: „Die GdP-App ist aus meiner Sicht gut gelungen und sehr übersichtlich. Diese App ist ein weiterer Schritt im Medien- und Informationsmix der Gewerkschaft der Polizei mit dem Potenzial zu schnellen und umfassenden Gewerkschaftsnachrichten.“ **red.**



12. Bundesseniorenenreise der GdP

**Abreise 14./15./16.9.12
für 14 Tage nach Obzor Beach, Bulgarien**

Wie in den vergangenen Jahren findet auch 2012 eine Bundesseniorenenreise statt. Um möglichst vielen GdP-Senioren die Gelegenheit zur Teilnahme an der 12. Bundesseniorenenreise zu geben, haben wir ein Hotel gesucht und getestet, welches direkt an einem 8 Kilometer langen Sandstrand liegt und den Anforderungen eines anspruchsvollen Gastes gerecht wird. Mit dem Miramar Clubhotel**** fanden wir ein attraktives Angebot, ohne auf Leistung und Komfort verzichten zu müssen. Direkt am feinsandigen und flachabfallenden Strand von Obzor liegt unser Ho-

tel., Klimaanlage, Föhn, Telefon, Sat-TV, Kühlschrank und Mietsafe.

Das Ultra-Alles-inklusive-Angebot beinhaltet: Frühstück, Mittag- und Abendessen als abwechslungsreiches Buffet. Zusätzliches Mittagsbuffet und Snacks an der Beach Snackbar (12-15 Uhr), Kaffee/Tee und Gebäck (15-17 Uhr), Mitternachtsnacks (22:30-7 Uhr). Alle nationalen alkoholischen und alkoholfreien Getränke (10-7 Uhr), importierte Getränke an der Lobbybar. Bei Ankunft ist die Minibar gefüllt mit Wasser und Softdrinks.

Thomas Grober

Unser Angebot zur 12. Bundesseniorenenreise:

14 Tage Clubhotel Obzor Beach****

p. P. im DZ/AI ab 870 Euro

p. P. im EZ/AI ab 920 Euro

Optional bieten wir vor Beginn der Bundesseniorenenreise die Möglichkeit Bulgarien im Rahmen einer Rundreise zu entdecken. Nähere Informationen erhalten Sie mit den Reiseausschreibungen und Anmeldebögen.



Wird höchsten Ansprüchen gerecht: das Clubhotel Obzor Beach** Foto: RTG**

tel. Der Ort Obzor mit Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten ist ca. 2 km vom Miramar Clubhotel**** entfernt. Die in mehreren Gebäuden aufgeteilte Hotelanlage mit Rezeption, Empfangshalle, Liften, Lobbybar, großzügiger Salonbar mit Bühne, Restaurant, verschiedenen á-la-carte Themenrestaurants, Wellnessbereich, Hallenbad mit Jacuzzi, Internet-lounge, Friseur, Souvenirshop, Minimarkt und Arzt bietet mit seiner großzügigen Pool-, Garten- und Sportanlage Ruhe und Erholung in direkter Strandlage. Die Liegestühle, Sonnenschirme (je nach Verfügbarkeit) und Badetücher sind am Pool und am Strand im Preis inklusive.

Die moderne Hotelanlage der gehobenen Mittelklasse verfügt über insgesamt 500 Zimmer auf 4 bis 6 Etagen. Die Zimmer sind modern und geschmackvoll eingerichtet mit Bad, Balkon oder Terras-

Bei Interesse an unserer 12. Bundesseniorenenreise fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehenden Coupon an!



● **GdP-Service GmbH**
● **12. Bundesseniorenenfahrt**
● **Gudastr. 9**
● **40625 Düsseldorf**

● Bitte senden Sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Bulgarien-Reise an:

● Name/Vorname: _____

● Straße: _____

● Wohnort: _____

● Telefon: _____

● E-Mail: _____



Angemerkt

Eiskalt ist die Finanzwirtschaft aufgestellt. „Es ist das oberste Bestreben der Finanzwirtschaft, jeden Menschen, Staat und Kontinent so tief verschuldet zu halten, dass das gesamte reale Einkommen für die Zinsen der Kredite draufgeht die man aufnehmen muss, um seine Existenz zu aufrecht zu halten.“ Mit dieser Motivation wird ausgeblendet, dass Existenzen vernichtet werden und Menschen dabei zu Tode kommen, direkt oder indirekt. Der Tanz um das goldene Kalb führt dazu, dass Staaten in die Pleite getrieben werden.



Anton Wiemers

Die Staatsverschuldung liegt bei zwei Billionen Euro und die 10 Prozent der reichsten Deutschen verfügen über ein Vermögen von drei Billionen Euro. Ein Schuft, der Böses dabei denkt? Daran wird deutlich, warum gesagt wird, dass der Staat kein guter Kaufmann ist.

„Steht die Demokratie vor einem Kollaps?“ diese Frage wurde kürzlich gestellt. Dass diese Frage überhaupt gestellt wird, muss uns sehr, sehr nachdenklich machen. Demokratie braucht starke Demokraten.

Das Starke muss sich durchsetzen. Doch: wie stark ist die Demokratie? Wie stark sind wir im Engagement zur Sicherung unserer Demokratie? Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben, wie es der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann formuliert hat.

Versöhnung, Verständigung und Frieden erfordern Zeit und Geduld. Den Frieden zu wollen, dazu müssen wir in unseren Herzen öffnen. Das Wort von Stefan Zweig mahnt: „Einer muss den Frieden beginnen.“ Weihnachten steht vor der Tür. Friedensfest, Hoffnung. Lasst uns beginnen, mischen wir uns ein.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

Nachlese: 11. Bundesseniorenfahrt

Es war unsere fünfte Bundesseniorenfahrt. Konnte es noch eine Steigerung zur zehnten Fahrt nach Andalusien geben, die uns noch immer in sehr guter Erinnerung ist? Wie würde es sein, ohne unsere treuen Reisebegleiter Dietmar Michael und Hans Adams, die bisher immer präsenten GdP-Gewerkschaftssekretäre, die nun als Ruheständler nicht mehr dabei sein sollten? Insoweit waren wir uns sicher, es wird anders.

Ein gewohnter Lichtblick erwartete uns dann am Flughafen Köln-Bonn – wir wurden von Bärbel Zimmermann vom GdP-Reiseservice-Team empfangen, die nach dem Rechten schaute. Allerdings war den meisten anzumerken, dass der frühe Abflugtermin um 5:30 Uhr seine Spuren hinterlassen hatte. Spätestens um 3:30 Uhr am Flughafen zu sein bedeutete für die meisten eine schlaflose Nacht, zumal die Deutsche Bahn Nachts nur wenige Verbindungen anbietet. Nach einem angenehmen Flug gab es dann am Flughafen von Menorca noch eine längere Wartezeit, da die Ausgabe der Hotel- und sonstigen Unterlagen nicht optimal organisiert war.

Noch zur Frühstückszeit kamen wir dann in unserem Vier-Sterne-Hotel Barceló Pueblo Menorca an. Die Sonne schien und es war angenehm warm. Dies sollte, nur mit einer Unterbrechung von zwei Tagen, auch so bis zum Schluss bleiben. Punta Prima, „unser Ort“, ist die erste Ferienregion Menorcas. Allerdings war unser Hotel 2008 umgebaut und renoviert worden und besteht aus mehreren vierstöckigen Häusern, die sich um die großzügige Pool und Gartenanlage gruppieren. „All inclusive“ bedeutete wieder rund um die Uhr mit einem schmackhaften und reichhaltigen Essensbuffet und Getränken versorgt zu werden. Die Poolbar war immer gut be-

sucht. Das Wetter erlaubte es, dass wir bis abends im Freien sitzen konnten. Vom freundlichen Personal, so auch an der Bar, wurden wir immer gut versorgt.

Anders als in Bulgarien oder Andalusien gehörte die Infrastruktur am Stand nicht zum Hotel. Da dort die Miete für die Liegestühle und Sonnenschirme sehr teuer und auch keine Getränke-Bar vorhanden war, zogen es die meisten vor die Liegen im Hotelbereich zu nutzen und nur zum Schwimmen ins Meer zu gehen – die Entfernung war schnell überwunden. Sauberer feiner Strand und glasklares Wasser erwarteten uns. Mit 25 Grad Wassertemperatur machte das Baden viel Spaß, wobei man sich auf einer vorgelagerten Sandbank auch zu „Kollegengesprächen“ treffen konnte.

Die Inselrundfahrt führte uns zur früheren Hauptstadt Menorcas, nach Ci-



Beeindruckend: historische Mühle in Ciudadela, ein Bauwerk von 1778

udadela, nachdem wir zuvor auf einem Bauernhof typischen menorquinischen Käse probiert hatten. Nachmittags erklommen wir, mit dem Bus, den höchsten Berg Menorcas, den Monto Toro mit 357 Meter, von dem man einen wunderschönen Rundumblick auf die Insel hat. Die zweite Fahrt führte uns zur Hauptstadt Menorcas, nach Mahón. Dem geführten Spaziergang durch die Gassen schloss sich eine Rundfahrt durch den zweitgrößten Naturhafen der Welt an. Danach besuchten wir das malerische, wenn auch nachgebaute weiße Fischerdorf Binibeca und die berühmte

Felsenhöhle Cova den Xoroi, von der man einen fantastischen Blick auf die Steilküste hat.

Zu den Bundesseniorenfahrten hatten bisher auch gewerkschaftliche Informationen aus erster Hand gehört. Unser Bundesseniorenvorsitzender Anton Wiemers wurde diesem Anspruch, wenn auch als einziger, gerecht. In einem interessanten Vortrag im voll besetzten Saal machte er anhand von objektiven Zahlen deutlich, dass es in Deutschland im Verhältnis zu den anderen Staaten der EU wesentlich weniger Staatsdiener gibt. Während der



Vom Bundesseniorenvorsitzenden, Anton Wiemers, gab es gewerkschaftliche Infos aus erster Hand.

EU-Durchschnitt bei 10,5 % liegt, sind in Deutschland lediglich 6,6 % im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Danach ging er auf den Generationenpakt ein und verdeutlichte, dass die zukünftige Rente nicht durch die heutigen Einzahlungen, sondern die Kinder, die zukünftig die Rente zahlen, gesichert wird. Insoweit müssten aus seiner Sicht diejenigen, die mit ihren Kindern dafür sorgen, dass die Rente auch in der Zukunft gesichert ist, deutlich besser gestellt werden. Anton Wiemers erläuterte auch,

welche finanzielle Last Eltern zu schultern haben, während Kinderlose dieses Geld ausgeben oder auch auf die „hohe Kante“ legen können und dann im Alter finanziell besser dastehen, als diejenigen, die durch ihre Kinder das Rentensystem am Leben erhalten.

Nicht vergessen wurde auch der Hinweis, dass Beamte sehr wohl etwas für ihre Altersversorgung getan hätten, da die Beamtengehälter 1957 um den damaligen Beitrag zur Rentenversicherung gekürzt wurden. Politiker hätten dieses Geld aber nicht zurückgelegt, sondern ausgegeben – und heute will es keiner mehr wissen. Insoweit gilt sowohl in der Renten- wie auch der Beamtenversorgung der Generationenpakt, wonach die Aktiven im Arbeitsleben für die Alten sorgen müssen, so wie es die Generationen zuvor auch getan haben.

Während in Deutschland viele Rentner und Pensionäre nicht mehr in einer Gewerkschaft wären bzw. dort häufig nicht ernst genommen würden, gäbe es in den USA, aber auch in Italien und Österreich bereits Rentnergewerkschaften. Dort würden sich diese aktiv für ihre Interessen

einsetzen. Dies sollte auch ganz bewusst ein Hinweis an die Gewerkschaften sein, die, wie die GdP, noch viele Pensionäre als Mitglieder haben, aber deren Interessen aus Sicht unseres Bundesseniorenvorsitzenden nicht genügend berücksichtigt würden. Wenn die Senioren in den Gewerkschaftsgremien nur unzureichend vertreten und in vielen Bereichen Seniorenvertreter nicht geborene Mitglieder mit Stimmrecht in Vorständen sind, dann ist das ein beklagenswerter Zustand, der nach Veränderung verlangt. Er betonte, dass die Senioren zu ihrer Gewerkschaft, der GdP, stehen, aber



Wie jedes Jahr interessierten sich die GdP-Senioren für das Vortragsangebot Fotos (3): WP

auch ernst genommen werden wollen. In diesem Zusammenhang forderte er aber alle auf, sich auch als Pensionär noch aktiver an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen.

Auch die Frage, woher das Geld für die angemessene Altersversorgung herkommen sollte, wurde von Anton Wiemers beantwortet. Durch Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität entgingen dem Staat jährlich jeweils dreistellige Milliardenbeträge an Einnahmen. Die Wirtschaftskriminalität mache zwar nur 2 % der Straftaten aus, sei aber für 60 % des Gesamtschadens verantwortlich. Nach meiner Meinung sollte dieser Vortrag zur „Pflichtlektüre“ des Bundesvorstandes und aller Landesvorstände gehören!

Auch wenn der stellvertretende GdP-Bundesseniorenvorsitzende, Frank Richter, einige Tage unter uns weilte, so blieben seine gewerkschaftlichen Aktivitäten in dieser Zeit den meisten verborgen. Lediglich zu Beginn des GdP-Abends hielt Frank Richter eine kurze Ansprache zu den Problemen des öffentlichen Dienstes in Europa und den Auswirkungen auf die Besoldung. Gelegenheit zu einer Aussprache, wie dies bei den vorangegangenen Bundesseniorenfahrten der Fall war, bestand jedoch nicht. Diese Art der Repräsentanz des Bundesvorstandes entsprach nicht den Vorstellungen der vielen Teilnehmer, mit denen ich gesprochen

habe. Als Ersatz für Informationen aus erster Hand, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt waren, Zettel bereit zu halten, auf die man seine Fragen schreiben konnte, damit diese an den jeweiligen Landesbezirk zur Beantwortung weitergegeben werden können, hätte man verzichten können.

Diese kritische Bemerkung soll unsere Urlaubsfreude in einem tollen Hotel, bei herrlichem Wetter, auf einer wunderschönen Insel und in einem netten Kollegenkreis nicht schmälern, müssen aus meiner Sicht aber gesagt werden, denn es sollte der 12. Bundesseniorenfahrt ab Mitte September

2012 nach Bulgarien doch wieder besser werden.

Nach zwei Wochen ging es dann gut erholt wieder in die Heimat zurück. Durch einen Fluglotsenstreik in Griechenland kamen die Flugverbindungen im Mittelmeerraum etwas durcheinander, so dass die Flieger nach Düsseldorf und Frankfurt erst mit erheblicher Verspätung starten konnten. Unser Flug nach Köln-Bonn verlief zwar planmäßig, aber bei einer Ankunftszeit um 0:30 Uhr gab es mangels eines in dieser Zeit ausreichenden Angebots der Deutschen Bahn wieder eine lange und für viele schlaflose Nacht. Hier habe ich die Hoffnung, dass die zukünftigen Flugzeiten etwas besser auf das doch fortgeschrittene Alter der Teilnehmer/-innen der Bundesseniorenfahrt und die An- und Abreismöglichkeiten mit der Deutschen Bahn abgestimmt werden, damit das im Reisepreis enthaltene Rail-&-Fly-Angebot auch genutzt werden kann.

Zum Schluss gilt es aber noch ein Lob an Thomas Grober (ehemals Klein) vom GdP-Reiseservice-Team aus Düsseldorf auszusprechen, der als Reisebetreuer mit vor Ort war und sich in bewährter Art und Weise vorbildlich um die vielen Dinge gekümmert hat, bei denen wir Senioren Hilfe benötigen haben – er war wie immer eine verlässliche Größe. **Wilfried Pukallus**



Netzwerke der Mitbestimmung

Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen durch die Belegschaft – als rechtlich gesicherte Form der Beteiligung –, ist nicht nur ein wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaft, sondern auch Bedingung einer überlebensfähigen bundesdeutschen Wirtschaft.

Durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 2001 hat der Gesetzgeber den Mitbestimmungsträgern neue Beteiligungs- und Initiativrechte gegeben. Nichtsdestotrotz sind Arbeitnehmervertretungen nicht nur derzeit, sondern vor allem zukünftig auf die Unterstützung durch Netzwerke angewiesen, die ihnen – nicht nur in Mitbestimmungsfragen – als Kommunikationsplattform zur Verfügung stehen.

Das Betriebs- und Personalräte-Netzwerk Canaletto, das in Dresden und in den Landkreisen Bautzen, Görlitz, Meißen, Sächsische Schweiz – Osterzgebirge agiert, soll als Plattform zum Austausch von Lern- und Entwicklungsprozessen dienen, um nachhaltige Handlungsschritte für die vielfältigen arbeits- und betriebsrelevanten Themen abzuleiten und somit das betriebseigene sowie branchenspezifische Wissen zu bündeln.

Netzwerke der Mitbestimmung – Beteiligung jenseits der Alltagsnorm, Ralf



Horn, Ilko Keßler, Klaus Horst, Reinhard Röhrig, Schüren Verlag, 2011, 320 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-89472-232-6

Todesnachrichten übermitteln

Fremden Menschen die Nachricht vom Tod eines Angehörigen mitteilen zu müssen, ist eine schwierige Aufgabe und erfordert sowohl persönliches Einfühlungsvermögen als auch berufliche Kompetenz.

Polizisten, Ärzten oder Notfallpsychologen sowie (Alten-)Pflegerinnen und Seelsorgern wird durch das im Buch vorgestellte Training Schritt für Schritt erläutert, wie sie ihre Handlungssicherheit erhöhen können und worauf es beim Überbringen der Nachricht ankommt: Wie tritt man den Hinterbliebenen empathisch entgegen? Wann ist der richtige Zeitpunkt zu gehen? Wie schützt man sich selber vor den aufwühlenden Erlebnissen?

Rollenspiele und umfassende Materialien sorgen für einen praxisnahen und interaktiven Unterricht. Gezielte Hinweise und Tipps ermöglichen aber auch eine selbstständige Aneignung der jeweiligen Wissensinhalte.

Todesnachrichten übermitteln, Manual für Polizei, Seelsorge, Notfallmedizin und Notfallpsychologie, mit CD-ROM, Marisa Przyrembel, Kai J. Jonas, Christine Knaevelsrud, BELTZ Verlag, 2011, 144 Seiten, 29,95 Euro, ISBN 978-3-621-27791-4



Betriebsverfassungsrecht für den Praktiker!

Dem Betriebsverfassungsrecht kommt in der arbeitsrechtlichen Praxis eine herausragende Bedeutung zu. Vor allem in Unternehmen müssen vielfach auch Nichtjuristen komplizierte betriebsverfassungsrechtliche Fragen beantworten.

Die Ausführungen in diesem Buch sollen eine praxistaugliche Arbeitshilfe sein, bei der der praktische Nutzwert im Vordergrund steht. Insbesondere dem Rechtsanwender aus der Personalabteilung, aber auch dem Rechtsanwalt soll das Betriebsverfassungsrecht leicht und verständlich dargestellt werden. Statt langatmigen wissenschaftlichen Ausführungen wird z. B. ganz konkret aufgezeigt, was alles in einem Einigungsstellenverfahren zu beachten ist:

- Wie wird eine Einigungsstelle vorbereitet?
- Wie wird der Vorsitzende der Einigungsstelle gefunden?
- Wie wird die Einigungsstelle abgerechnet?

Betriebsverfassungsrecht, Reihe: Arbeitsrecht in der betrieblichen Praxis (ARP), Band 44, Dr. Klaus Pawlak, Jan Ruge, Erich Schmidt Verlag, 2010, 383 Seiten, kartoniert, 46,80 Euro, ISBN 978-3-503-12617-0



Deutsche Polizei

Nr. 12 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
 Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
 Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto und Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: ay@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
 177.367 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0,
 Fax (02831) 89887



Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten

Von
Peter Jamin

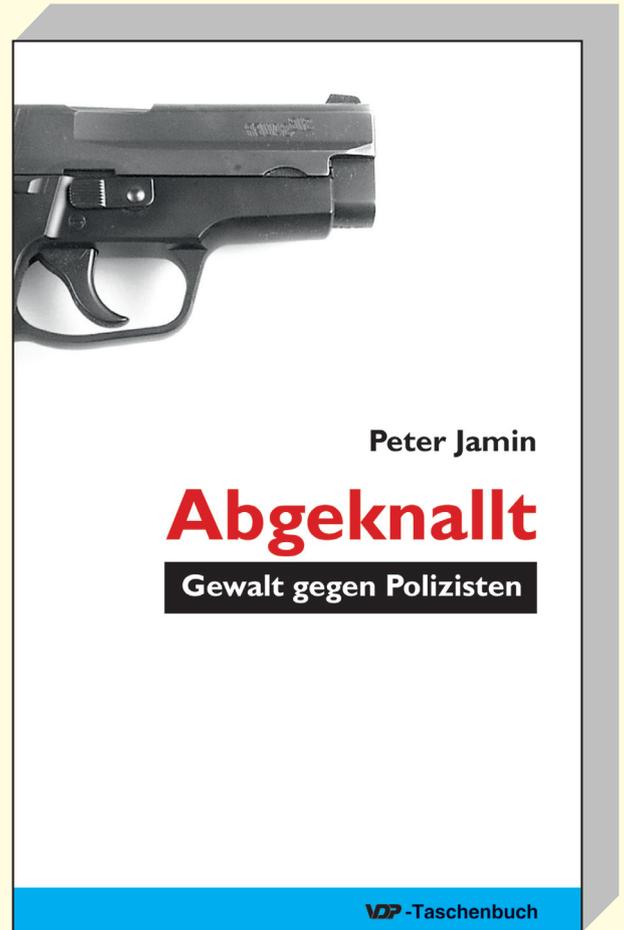
Format: 11,8 x 18,5 cm,
248 Seiten,
12,99 EUR [D]
ISBN 978-3-8011-0651-5

Dies ist die dramatische Geschichte eines Polizisten, Ehemannes und Vaters von vier Kindern. Er wird im Dienst als Geisel genommen und niedergeschossen. Mit letzter Kraft versucht er, sein Leben und das seiner Kollegen zu retten.

Es ist gleichzeitig eine Geschichte über die gefährliche Arbeit von Polizeibeamten in Deutschland. Tagtäglich müssen sie mit Anfeindungen und brutalen Übergriffen rechnen.

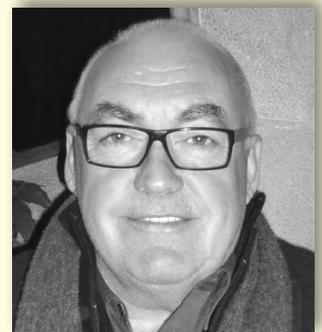
Und es ist eine Geschichte über die Gewalt gegen den Staat und seine Institutionen – für den die Polizeibeamten im wahrsten Sinne des Wortes „den Kopf hinhalten müssen“.

Packend und anschaulich erzählt Peter Jamin über die „Tat“, das „Davor“ und „Danach“. Er schildert die Handlungen und Überlegungen des Opfers, den Strafprozess gegen den Täter, die Reaktionen von Polizeiführung und Politik. Er benennt Fakten, bringt sie in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und zeigt die Folgen für unsere Gesellschaft auf, wenn Verbrechen wie diese zur Tagesordnung in Deutschland werden.



Der Autor:

Peter Jamin arbeitet seit über 30 Jahren als Journalist und Schriftsteller. Immer wieder greift er in Büchern und Fernsehfilmen gesellschaftskritische Themen auf, um auf Missstände oder fragwürdige gesellschaftliche Zustände aufmerksam zu machen.



Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de



Polizei-Helikopter in Spitzenqualität



Highlights:

- 3 Frequenzen wählbar, um mit 3 Helis gleichzeitig zu fliegen.
- Automatische Kanalsuche: Kanal an Fernsteuerung wählen. Der Helikopter übernimmt automatisch die gewählte Frequenz.
- Sehr realistisches Flugbild
- Flexible Rotorblätter
- Originalgetreues Design
- Vorwärts/rückwärts
- Links/rechts
- Hoch/runter
- Ersatzteile erhältlich



**ACHTUNG – Benutzung unter unmittelbarer Aufsicht von Erwachsenen.
Nicht für Kinder unter 36 Monaten geeignet.
Erstickungsgefahr! Enthält verschluckbare Kleinteile.**

Letzter Bestelltermin: 31.12.2011

**Garantierter Flugspaß
für Groß & Klein,
für Indoor und Outdoor.**

Lieferumfang:

- Jamara Polizeihelikopter EC-135
- Fernsteuerung mit integriertem Ladegerät
- Flugakku
- Ersatzheckrotorblatt
- USB-Ladekabel
- Steuerstange Stabilisator
- Anleitung

Empfohlenes Zubehör:

6 x AA-Batterien 1,5V

Technische Daten:

Rotor Ø ~ 180 mm
Länge ~ 185 mm
Höhe ~ 100 mm
Gewicht ~ 33 g RTF
Akku LiPo 3,7V 150mAh

253012

34,95 €

(empf. VK 59,90€)



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de